

Klaus Steinitz

Zukunftsfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert

Herausforderungen an eine sozial-ökologisch
nachhaltige gesellschaftliche
Produktionsweise

VSA:



Klaus Steinitz
Zukunftsfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert

Klaus Steinitz, Wirtschaftswissenschaftler, war in der DDR in Lehre und Forschung und in der Staatlichen Plankommission tätig, Mitglied der Leibniz-Sozietät und der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. 2007 erschien von ihm im VSA: Verlag »Das Scheitern des Realsozialismus«, 2014 (zusammen mit Dieter Walter) »Plan – Markt – Demokratie. Prognose und langfristige Planung in der DDR – Schlussfolgerungen für morgen« und 2016 (gemeinsam mit Joachim Bischoff) die Flugschrift »Götterdämmerung des Kapitalismus?«

Klaus Steinitz

Zukunftsfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert

**Herausforderungen an eine
sozial-ökologisch nachhaltige
gesellschaftliche Produktionsweise**

VSA: Verlag Hamburg

Diese Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Förderung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

Inhalt

Kapitel 1

Systemkrise des Kapitalismus –

Anforderungen an sozialistische Zukunftsvorstellungen 7

- 1.1 Systemkrise des gegenwärtigen Kapitalismus und ihre grundlegenden Widersprüche 11
- 1.2 Erfahrungen des gescheiterten Staatssozialismus in Europa 15
- 1.3 Neue Anforderungen und Ansprüche, die sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturbedingungen ergeben 20
- 1.4 Erkenntnisse einer modernen, zeitgemäßen Gesellschaftstheorie, in der der marxistischen Theorie ein wichtiger Platz zukommt 21

Kapitel 2

Zusammenhänge und Probleme zur Bestimmung

der Herausforderungen 27

Kapitel 3

Herausforderungen für einen zukunftsfähigen Sozialismus

des 21. Jahrhunderts 31

- 3.1 Entwicklung der Produktivkräfte 31
- 3.2 Vergesellschaftung der Eigentumsverhältnisse 38
- 3.3 Eine neue sozial-ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Produktions- und Betriebsweise 43
- 3.4 Demokratisierung der Gesellschaft 46

3.5	Ein qualitativ neues System der gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft und anderer Bereiche	50
3.6	Ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Steuer- und Abgabensystem	61
3.7	Freie Entwicklung von Individualität und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts	67
3.8	Soziale Ungleichheit beseitigen, Teilhabe aller am gesellschaftlichen Fortschritt verbessern	71
3.9	Gleichberechtigte und solidarische internationale Beziehungen	76

Kapitel 4

Zusammenfassende Bewertung der Herausforderungen 79

4.1	Probleme und Schwierigkeiten sowie günstigere Bedingungen ihrer Bewältigung	79
4.2	Bleibende und sich verändernde Herausforderungen	82

Kapitel 5

Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit 87

Literatur	91
-----------------	----

Kapitel 1

Systemkrise des Kapitalismus – Anforderungen an sozialistische Zukunftsvorstellungen

Die dem Kapitalismus immanenten Widersprüche, die sich im Finanzmarktkapitalismus weiter zuspitzen, erzeugen in Verbindung mit der dominierenden neoliberalen Politik eine Vielzahl tiefer Konflikte und Krisenprozesse:

- Die weitere Produktivkraftentwicklung wird zunehmend blockiert,
- Krisen und Stagnationstendenzen bestimmen große Teile der globalen und europäischen Wirtschaft,
- die Klimakrise erfährt keine wirkliche Lösung, die natürliche Umwelt wird weiter zerstört,
- die soziale Ungleichheit nimmt weiter zu – innerhalb der Bevölkerung eines Landes, zwischen den Ländern der EU und im globalen Maßstab zwischen Nord und Süd,
- der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiert,
- die Politik entfremdet sich gegenüber den Bedürfnissen der Menschen,
- brutale kriegerrische Auseinandersetzungen sind zu einer ständigen Begleiterscheinung des menschlichen Daseins geworden, das Drohpotenzial neuer Kriege hat sich erhöht.

Diese Krisenprozesse, Konflikte, Hemmnisse und Blockierungen des weiteren gesellschaftlichen Fortschritts drängen nach Veränderungen und neuen Lösungen. Sie verlangen eine grundlegende gesellschaftliche Transformation und tiefe Umbrüche in der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise der Menschen.

Seit einigen Jahren gibt es eine Konjunktur kapitalismuskritischer Publikationen, darunter auch zahlreiche, in denen ein Ende des Kapitalismus vorausgesagt und begründet wird. Im Vordergrund stehen dabei die Analyse der Systemkrise und der ihr zugrunde liegenden Tendenzen, die die gesellschaftliche Reproduk-

tion untergraben und zerstören. Einige Autoren bleiben bei der Begründung des zwangsläufigen Untergangs des Kapitalismus stehen (vgl. insbesondere Streeck 2015 und dazu kritisch Brie/Bischoff 2017). Andere linke Autoren führen die Analyse weiter hin zu den notwendigen Schlussfolgerungen, die daraus für eine Systemalternative zu ziehen sind (vgl. hierzu u.a.: Polanyi 1978; Mason 2016; Reißig 2009; Publikationen der RLS u.a. von Klein, Brie in den letzten Jahren; Bischoff/Fiehler/Krüger/Lieber 2017).

Für die gegenwärtige Situation in Deutschland und in industrialisierten kapitalistischen Staaten weltweit ist charakteristisch, dass auch große Teile der Bevölkerung der Meinung sind, der Kapitalismus werde zwar die heutigen Widersprüche nicht lösen, aber zugleich denken sie, dass es zu ihm keine realistische Alternative gibt.¹ Unzufriedenheit und zunehmend Wut und Hass auf die Eliten und das System führen fast überall nicht zu einer Verstärkung gesellschaftlich linker Kräfte, sondern zu einem Zuwachs rechtspopulistischer und rechtsextremer, fremdenfeindlicher Parteien und Bewegungen. Hieraus ergeben sich für die Linke weitreichende Konsequenzen. Es geht im Kern um die Ausarbeitung eines Projekts für einen dringend notwendigen Politikwechsel, das geeignet ist, breite Kreise der Bevölkerung und soziale Bewegungen für Aktivitäten zu seiner Durchsetzung zu gewinnen.

¹ In Deutschland waren nur 16% der Befragten der Auffassung, dass die freie Marktwirtschaft gut funktioniere. Fast 80% der Deutschen sehen den Wohlstandsegoismus als zerstörerisch an. Trotz dieser kritischen Einschätzung des gegenwärtigen Kapitalismus waren zwei Drittel der Befragten der Meinung, dass es keine vernünftige oder durchsetzbare Alternative zum bestehenden Wirtschaftssystem gebe. Diese Befragungsergebnisse liegen zwar einige Jahre zurück. Sie werden sich aber nur wenig verändert haben (Befragungsergebnisse aus Berliner Zeitung vom 2.6.2010, zitiert von Klein 2011, 211). Diese Zahlen machen die große Kluft deutlich zwischen dem hohen Anteil der Menschen, die der gegenwärtigen kapitalistischen Marktwirtschaft kritisch gegenüberstehen, und dem niedrigen Anteil derjenigen, die an eine vernünftige Alternative glauben.

Hierfür benötigt die Linke auch ein möglichst realistisches Konzept für eine zukünftige sozialistische Gesellschaft, in der die Ursachen für die gegenwärtigen Fehlentwicklungen und Blockierungen sowie für die Unzufriedenheit und Ängste der Menschen beseitigt werden können.

Welche Anforderungen müsste heute eine noch auszuarbeitende sozialistische Alternative erfüllen?

- *Erstens* muss sie zeigen, dass mit ihr die Bedingungen für ein gutes Leben und für »gute Arbeit« für alle Menschen geschaffen werden können.
- *Zweitens* sollte sie, soweit es heute möglich ist, begründen können, dass eine solche Alternative realistisch ist, d.h. die darin enthaltenen Vorschläge verwirklicht werden können und nicht auf Wunschträumen einer idealen Welt beruhen. Der Inhalt dieser Alternative müsste so flexibel und veränderungsfähig sein, dass auf neue Bedingungen, Probleme und Erkenntnisse rechtzeitig reagiert werden kann.
- *Drittens* muss sie deutlich machen, dass sie auf die Entfaltung der Individualität und zugleich auf die Herausbildung und Festigung gemeinschaftlicher und solidarischer Beziehungen zwischen den Menschen gerichtet ist. Hierin sind die Sicherung friedlicher und gleichberechtigter Beziehungen zwischen den Völkern sowie eine wirksame Unterstützung wirtschaftlich schwächerer oder vor besonderen Schwierigkeiten stehender Völker und Staaten eingeschlossen.
- *Viertens* sollten ihre Vorschläge dazu beitragen, die für eine demokratische, emanzipatorische und zukunftsorientierte Transformation notwendigen Akteure zu gewinnen. Dabei steht im Vordergrund, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen und linken Parteien im nationalen, europäischen und globalen Maßstab zu festigen, um wichtige gemeinsame Zukunftsprojekte zu verwirklichen.
- Schließlich muss sie *fünftens* nachweisen, dass die Vorstellungen einer solchen Alternative den veränderten Verhältnissen des 21. Jahrhunderts gerecht werden. Hierfür spielen drei Komplexe eine besondere Rolle: die sich in der letzten Zeit

wieder zuspitzenden internationalen Konflikte mit der Gefahr verheerender Kriege; die großen und steigenden Probleme der Klima- und Umweltkrise und die grundlegenden Veränderungen in Wirtschaft, Arbeit und Leben der Menschen durch die technologischen Umbrüche, insbesondere die Digitalisierung und Industrie 4.0.

Den Bemühungen, die Herausforderungen auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft in ihrem Inhalt und ihrer Realisierungsweise zu bestimmen, sollten unbedingt folgende zwei Prämissen zugrunde gelegt werden:

- *Erstens* erfordern sie *intensive theoretische Arbeiten und offene kritische Diskussionen*. Die notwendigen Vorstellungen und Konzepte für eine sozialistische Gesellschaftsalternative können jedoch nicht primär auf dem Weg abstrakt theoretischer Ausarbeitungen und deren diskursiver Erörterung gewonnen werden. Sie setzen eine gründliche Analyse des gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus und der anhaltenden Systemkrise des Kapitalismus mit ihren wichtigsten Konflikten und gesellschaftsschädigenden Tendenzen sowie eine offene, kritische und zugleich differenzierte Analyse der Erfahrungen des gescheiterten Staatssozialismus in Europa sowie der Erfahrungen anderer Länder, darunter speziell Chinas, voraus. Dabei geht es sowohl um die für das Scheitern entscheidenden inneren, grundlegend-strukturellen Defizite und Fehlentwicklungen des Realsozialismus, als auch um seine erreichten positiven Ergebnisse. Diese können nicht einfach in die Zukunft verlängert werden, sollten jedoch als wichtige, nicht zu ignorierende Ansätze und Anregungen aufgehoben, weiterentwickelt und genutzt werden.
- *Zweitens* sollten die entsprechenden Vorstellungen und Konzepte vorwiegend *als Vorschläge über mögliche Entwicklungswege und nicht als definitiv feststehende Wege aufgefasst werden*. Die Bestimmung der Herausforderungen an eine sozialistische Alternative schließt ein, auf Veränderungen in den gesellschaftlichen Bedingungen und Konflikten, auf Erfolge und Misserfolge, auf neue Erkenntnisse und auf Kritik offen und flexibel zu reagieren.

Unter Berücksichtigung dieser beiden Prämissen können vier wichtige Erkenntnisgrundlagen gewonnen werden:

1.1 Systemkrise des gegenwärtigen Kapitalismus und ihre grundlegenden Widersprüche

Von diesen Widersprüchen und Konflikten werden alle Seiten und Komplexe der gesellschaftlichen Reproduktion erfasst und in ihrer Entwicklung differenziert beeinflusst. Sie charakterisieren die Entwicklung auf allen Ebenen, in der globalen Weltwirtschaft, den regionalen transnationalen Wirtschaftsblöcken, wie der Europäischen Union, den jeweiligen nationalen Volkswirtschaften, den Regionen und Kommunen.

Die Krise der gesellschaftlichen Reproduktion im Finanzmarktkapitalismus ist eng und vielfältig mit den Fesseln und Blockierungen der Produktivkraftentwicklung im gegenwärtigen Kapitalismus verflochten. In seinem Hauptwerk »Das Kapital« analysiert Karl Marx umfassend die Entwicklung der Produktivkräfte und ihre engen Verflechtungen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen.

Bestimmend für diese Analyse ist ihre Auffassung als Produktivkräfte der *Arbeit*, die mit vielfältigen Faktoren zusammenhängt. »Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderen durch den Durchschnittsgrad des Geschicks der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel und durch *Naturverhältnisse*.« (Marx 1947: 44). Dabei sind für ihre Entwicklung und Nutzung die vorhandenen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse mit ihrem Kern, den Eigentumsverhältnissen, entscheidend. »Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch zu den vorhandenen Produktionsverhältnissen (...), innerhalb derer sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungs-

formen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um.« (Marx 1963: 9)

Dieses Umschlagen der Produktionsverhältnisse in Fesseln der Entwicklung der Produktivkräfte erreicht im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus eine neue Qualität. Die Gesellschaft verliert zunehmend ihre Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten über die weitere Entwicklung der Produktivkräfte. Zum geringeren Wachstum der Arbeitsproduktivität und Effizienz kommen vor allem folgende Defizite hinzu:

Sie werden völlig einseitig darauf konzentriert, erhöhte Profite für die großen Kapitaleigentümer zu erzielen. Die Möglichkeiten für die Erleichterung der Arbeit und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für die Entwicklung und Nutzung der kreativen Potenziale und der Qualifikation der Beschäftigten sowie für die Verkürzung der Arbeitszeit bleiben weitgehend ungenutzt. Im Gegenteil: Arbeitsdruck, prekäre Arbeitsbedingungen und erhöhte Ansprüche an die Verfügbarkeit der Arbeitskräfte auch außerhalb der tariflich vereinbarten Arbeitszeiten nehmen ständig zu.

Die Nutzung der wissenschaftlichen, technologischen und ökonomischen Ressourcen für die Bekämpfung der Umwelt- und Klimakrise bleibt weit hinter den gesellschaftlichen Potenzialen zurück, mit dem Resultat, dass die Klima- und anderen Umweltziele und die erreichten Ergebnisse zur Erhaltung des natürlichen Gleichgewichts unbefriedigend sind und zukunftsgefährdend bleiben. Dies wird auch darin deutlich, dass die neuen Möglichkeiten der Produktivkräfte völlig unzureichend dafür eingesetzt werden, die Lebensdauer und Reparaturfreundlichkeit der hergestellten Gebrauchswerte zu erhöhen. Die notwendigen und real möglichen Änderungen der Produktionsstrukturen bleiben weit hinter den Erfordernissen zurück, die sich aus der Umwelt- und Klimakrise ergeben.

Ein Beleg dafür ist das unzureichende Ausmaß und Tempo der Veränderung der Energieträgerstruktur zugunsten erneuerbarer Energieträger und der Senkung des Energieverbrauchs sowie der darauf beruhenden klimaschädlichen CO₂-Emissionen.

Dadurch werden gefährliche Zeitverluste in der Bekämpfung der Klimakrise zugelassen.

Die durch die Ausbeutung der lebendigen Arbeit im Reproduktionsprozess erwirtschafteten Profite werden zunehmend für spekulative Finanztransaktionen eingesetzt und so der Verwendung für produktive Investitionen zur Erhaltung, Modernisierung und Erweiterung der materiellen Basis der produzierenden Bereiche sowie der sozialen und technischen Infrastruktur entzogen. Die öffentlichen Investitionen sind dermaßen geschrumpft, dass in vielen Bereichen (Schulen, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen, öffentlicher Verkehr u.a.) die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen kaum noch durchgeführt werden.

Die neuen Möglichkeiten der Produktivkräfte, die insbesondere auf der umfassenden Digitalisierung der Wirtschaft, der Arbeit und aller anderen Lebensbereiche beruhen, werden nicht für eine stärkere Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Entscheidungsprozessen genutzt. Sie werden vielmehr in entgegengesetzter Richtung eingesetzt, für ihre stärkere Überwachung und Kontrolle.

Die wohl bedrohlichste Fehlentwicklung der Produktivkräfte liegt in ihrem zunehmenden Einsatz zur Entwicklung der Militärtechnik, zur Produktion immer mehr und gefährlicherer Waffen zur Vernichtung von Menschenleben.

Zwischen den verschiedenen Regionen und Ländern bestehen beträchtliche Unterschiede hinsichtlich Intensität, Ausmaß und Tiefe der Zerstörungen lebenswichtiger sozialer Strukturen, die sich nachteilig auf soziale Sicherheit, sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit auswirken. Innerhalb der Eurozone sind die langfristigen und komplexen Zerstörungen der gesellschaftlichen Reproduktion in Griechenland am tiefsten. Sie zeigen sich auch in hohem Grade in den anderen südlichen Ländern der Eurozone Italien, Spanien und Portugal sowie in den osteuropäischen, ehemals staatssozialistischen Ländern. Im globalen Maßstab sind hiervon am schlimmsten der ganze afrikanische Kontinent sowie große Teile Asiens und Lateinamerikas betroffen.

Diese Prozesse verlaufen äußerst differenziert sowohl zwischen den großen Weltregionen und Ländern als auch regional innerhalb der Länder. Im Rahmen von Krisenzyklen gibt es besonders in den stärkeren kapitalistischen Industrieländern zeitlich unterschiedliche Etappen, mit einer Zuspitzung von Problemen und einer zeitweiligen Entspannung einiger Tendenzen. So befindet sich Deutschland zurzeit in einer Phase relativ stabiler wirtschaftlicher Dynamik, ablesbar an der Zunahme der Reallöhne und der Binnenkaufkraft, an Haushaltsüberschüssen, an der Schaffung neuer Arbeitsplätze und am Rückgang der Arbeitslosigkeit, ohne dass damit die Grundprobleme kapitalistischer Entwicklung gelöst werden.

Im Hinblick auf die Analyse und Auswertung der Ergebnisse und Erfahrungen der gesellschaftlichen Entwicklung in der kapitalistischen Welt sind nicht nur die Konflikte und negativen Tendenzen, die in einer sozialistischen Alternative zu überwinden sind, von Bedeutung. Für eine sozialistische Transformation ist es ebenso notwendig, wichtige positive ökonomische Tendenzen, wie die insgesamt hohe technische Innovationsfähigkeit kapitalistischer Unternehmen, zu erhalten und zugleich ihre Schranken zu beseitigen. Von entscheidender Bedeutung sind wesentliche bürgerlich-liberale Errungenschaften der Gesellschaft, wie die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und in den meisten Verfassungen kapitalistischer Länder und in Gesetzen enthaltenen Grundsätze einer demokratischen Ordnung, der Rechtsstaatlichkeit, der Gewaltenteilung, der Pressefreiheit, der Spielräume für freie Meinungsäußerung und für die Tätigkeit oppositioneller Parteien und nichtstaatlicher sozialer Bewegungen sowie für das System der Mitbestimmung durch Betriebsräte – auch wenn diese für eine wirklich demokratische Partizipation nur unzureichend sind. Diese Errungenschaften gilt es in einer sozialistischen Alternative entgegen den Realitäten des Staatssozialismus zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dies betrifft in hohem Grad den weiteren Ausbau demokratischer und Freiheitsrechte sowie insgesamt die Stärkung der Zivilgesellschaft.

1.2 Erfahrungen des gescheiterten Staatssozialismus in Europa

Allen europäischen Ländern, die sich auf den Weg zum Sozialismus begeben hatten, außer Jugoslawien, lag das sowjetische staatssozialistische Entwicklungsmodell zugrunde. Der Staatssozialismus ist durch grundlegende strukturelle Defizite und Fehlentwicklungen gekennzeichnet, die in Europa zum Scheitern der sozialistischen Versuche führten. Das Grundproblem bestand darin, dass es nicht gelang, die Entwicklung und das Niveau der materiellen Produktivkräfte der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, geschweige denn die für eine neue, höhere gesellschaftliche Produktionsweise erforderliche Qualität der Produktivkraftentwicklung zu erreichen. Die für den Kapitalismus typischen Entfremdungen der Arbeit konnten nicht konsequent überwunden werden. Dies war insbesondere eine Folge davon, dass die aus dem Kapitalismus übernommenen Arbeitsbedingungen zu wenig in Richtung einer freien Entwicklung und Nutzung der Fähigkeiten der Arbeitenden verändert wurden. Dies hing eng mit der nur unzureichenden Wirtschaftsdemokratie zusammen.²

Im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus blieb der Realsozialismus eindeutig zurück. Dafür gab es sowohl innere wie auch äußere Gründe. Im Realsozialismus gelang es nicht, die notwendige Einheit sozialer Sicherheit und Gleichheit mit Freiheit, selbstbestimmter Entfaltung der Individualität und demokratischer Partizipation herzustellen. Die Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens blieb unbefriedigend. Die Ausnutzung des Markts und seiner Kategorien für die wirt-

² Thomas Kuczynski bemerkt hierzu: »Die Unterordnung der Arbeiter unter das Kommando der Kapitalisten wurde lediglich ersetzt durch die Unterordnung der Arbeiter unter das Kommando der von Staatswegen eingesetzten Leiter. Die Unterordnung blieb, die Arbeiter hatten nach wie vor kommandierte Arbeit zu leisten, und der Gegensatz zwischen ›denen da oben‹ und ›denen da unten‹ blieb erhalten.« (Kuczynski 2017b)

schaftliche Entwicklung blieb beträchtlich hinter den Erfordernissen und Möglichkeiten zurück. Die notwendige Verflechtung zwischen Planung und Marktregulierung sowie eine wirksame ökonomische Stimulierung der Belegschaften und der Leitungen in den Betrieben und Kombinatn wurden nicht erreicht. All dies trug dazu bei, dass Rückstände in der Arbeitsproduktivität und Effizienz der Produktion sowie bei der Versorgung der Bevölkerung gegenüber den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten nicht nur nicht ausreichend aufgeholt wurden, sondern sich teilweise noch vergrößerten. Mangelerscheinungen blieben in den staatssozialistischen Ländern ein Dauerproblem.

Zu den äußeren Gründen zählte vor allem der aufgezwungene Rüstungswettlauf – riesige materielle und finanzielle Ressourcen sowie Forschungspotenziale wurden durch das Wettrüsten gebunden und fehlten bei der Lösung der drängendsten Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, hier vor allem für Investitionen in den produzierenden Bereichen zur Erhaltung und Modernisierung der Produktionsanlagen und der Infrastruktur. Hinzu kamen die Folgen der Embargopolitik – die Möglichkeiten, im internationalen Handel moderne Technologien zu importieren wurden insbesondere auf Druck der USA rigoros eingeschränkt. Die Probleme sind in der vorliegenden Literatur umfassend untersucht und dargestellt worden.³

Zugleich gab es in den staatssozialistischen Ländern auf wichtigen Gebieten positive Ansätze und Erfahrungen, die in einem erneuerten Sozialismus aufgehoben und weiterentwickelt werden sollten.⁴ Sie betrafen eine breite Palette von Leistungen auf

³ Zu einer selektiven, nicht alle wichtigen Publikationen umfassenden Auswahl von Literaturquellen zu dieser Problematik gehören: Bloch (1985); Brie/Spahr (2008); Honneth (2016); Klein (2011); Marx (2005); Marx/Engels (1959); Mason (2016); Steinitz (2007).

⁴ Es gibt eine stark verbreitete Auffassung in der Bevölkerung und auch bei Wissenschaftlern, vor allem in den alten Bundesländern: Da der Staatssozialismus der DDR gescheitert sei und vor den Ansprüchen des realen Lebens versagt habe, bräuchten wir uns mit diesen Erfahrungen nicht weiter zu beschäftigen. Daher sollen hier einige positive Erfahrun-

vielen Gebieten: Erfolgreiche Schritte in der Herstellung sozialer Sicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Überwindung von Massenarbeitslosigkeit, umfassende medizinische Versorgung der Bevölkerung durch Polikliniken, Fortschritte in der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter, umfassende Betreuungsangebote für Kinder in den Kindereinrichtungen und in den Schulen (Ganztagsschulen), eine progressive Gestaltung der Ausbildung – u.a. durch längere Zeiten in der Gemeinschaftsschule (bis einschließlich der 8. Klasse), Einführung des polytechnischen Unterrichts 1958 (in den 5. und 6. Klassen produktionsbezogener Unterricht, in den 7. bis 12. Klassen Unterrichtstage in der Produktion). 1959 wurde nach Abschluss der 10. Klasse die Möglichkeit geschaffen, in drei Jahren das Abitur abzulegen und gleichzeitig den Facharbeiterbrief zu erhalten.

Über diese sozialen und Bildungsbereiche hinaus gab es auch auf für die wirtschaftliche Entwicklung wichtigen Gebieten Erfahrungen, die für die Zukunft von Bedeutung sein können. Sie betreffen u.a. die gesellschaftliche Steuerung/Planung grundlegender Strukturveränderungen – z.B. wurde die in der DDR fehlende metallurgische Basis in kurzer Zeit geschaffen und es wurden wirksame Schritte unternommen, um größere regionale wirtschaftliche Leistungsunterschiede abzubauen. Erforderliche Produktionsumstellungen mit stärkeren regionalen Auswirkungen wurden so vorbereitet, dass die davon betroffenen Beschäftigten durch Qualifizierung neue Arbeitsmöglichkeiten erhielten. So wären die auf dem Rücken der Beschäftigten für 2018 vorgesehe-

gen der DDR-Entwicklung dargelegt werden. Diese können natürlich nicht auf einen zukünftigen Sozialismus einfach übertragen werden, enthalten aber doch einige Anregungen, die aufgegriffen, von Einseitigkeiten und Fehlern befreit und weiterentwickelt werden sollten.

In diesem Beitrag stütze ich mich auch auf eigene Erfahrungen, die ich in den über 30 Jahren meiner Tätigkeit in der Staatlichen Plankommission zur langfristigen Planung und zur Strukturpolitik sowie in der ökonomischen Forschung zu Problemen der gesellschaftlichen Reproduktion, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des ökonomischen Wachstums gesammelt habe.

nen Betriebsstilllegungen von Siemens an mehreren problematischen Standorten in der DDR anders vorbereitet und mit besseren Beschäftigungsperspektiven durchgeführt worden. Eine weitere Erfahrung betrifft die Durchführung von sogenannten Komplexberatungen in den Bezirken (die DDR war bis zur Wiedervereinigung in 15 Bezirke regional strukturiert) zur volkswirtschaftlich und regional günstigsten Verflechtung der geplanten Branchenentwicklung mit regionalen Möglichkeiten und Erfordernissen. An diesen Beratungen nahmen die zuständigen Minister bzw. ihre Stellvertreter, Vertreter der Staatlichen Plankommission und die Verantwortlichen in den Bezirken teil. Die Plandiskussionen in den Betrieben enthielten, trotz ihres oft recht formalen Charakters, Anregungen für die demokratische Partizipation der Beteiligten an der Beratung und Festlegung ökonomischer Ziele und Aufgaben der wirtschaftenden Einheiten, die in einer zukünftigen sozialistischen Alternative aufgegriffen und weiterentwickelt werden sollten. Von Bedeutung für die Zukunft könnten auch die Erfahrungen der breiten Neuererbewegung und der »Messe der Meister von Morgen« sein, die darauf gerichtet waren, die Kreativität von Kindern und Jugendlichen und ihr Interesse an neuen Methoden der Arbeit möglichst umfassend zu stimulieren und zu nutzen. Erwähnenswert sind auch die positiven Erfahrungen des SERO-Systems (Sekundärrohstoffe) zur umfassenden Sammlung und Verwertung von Altstoffen.

Diese Beispiele für positive Ansätze einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus machen unterschiedliche und zugleich notwendige Konsequenzen für ein zukunftsfähiges sozialistisches Projekt deutlich. Die Erfahrungen des gescheiterten Staatssozialismus müssen differenziert ausgewertet werden. Eine Reihe von Ansätzen können aufgegriffen und im Gesamtkontext eines grundlegend neuen Sozialismus-Projekts sowie der veränderten objektiven Bedingungen weiterentwickelt werden. Solche Ergebnisse auf einzelnen Gebieten sind andererseits für die Lebensfähigkeit eines Sozialismus nicht ausreichend. Einen nachhaltig lebensfähigen Sozialismus kann es nur geben, wenn die grundlegenden strukturellen Fehler des Realsozialismus in einem neuen

Sozialismus überwunden sind. Das schließt natürlich ein, dass ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts auf keinen Fall eine Neuauflage des Realsozialismus in verbesserter Form sein kann, sondern sich von diesem grundlegend unterscheidet. Er muss durch wesentlich veränderte und andere gesellschaftliche Merkmale, Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen charakterisiert sein.

Die bisherigen Erfahrungen des Realsozialismus haben gezeigt, dass die Überwindung kapitalistischer Macht- und Eigentumsstrukturen keine Garantie dafür sind, dass daraus eine wirklich sozialistische Alternative zum Kapitalismus entsteht, die sich nachhaltig und zukunftsfähig entwickelt und ihre Existenz stabil und dauerhaft sichert.

Eine wichtige Erfahrungsquelle für die Begründung der Herausforderungen an eine zukünftige sozialistische Gesellschaft ist die Entwicklung der Volksrepublik China.⁵ Von Interesse für

⁵ Nach den verheerenden Entwicklungen in den 1960er und 1970er Jahren infolge der von Mao Zedong eingeleiteten Politik des Großen Sprungs mit der Kulturrevolution und den Volkskommunen in der Landwirtschaft, wurde diese gescheiterte Politik 1978 durch die auf den Markt bezogenen Wirtschaftsreformen Deng Xiaopings ersetzt. Danach wuchs die Volkswirtschaft Chinas mehr als zwei Jahrzehnte lang mit zweistelligen Zuwachsraten. Sie ist jetzt mit einem Anteil von rund 15% der Weltwirtschaftsleistung (berechnet nach dem offiziellen Währungskurs) nach den USA die zweitstärkste Wirtschaftsmacht. Berechnet auf Basis der Kaufkraft liegt der Anteil Chinas schon über dem der USA. China ist es in dieser Zeit gelungen, die Anzahl der unter extremer Armut lebenden Menschen um 700 Millionen zu reduzieren, bis 2020 soll die extreme Armut in China völlig beseitigt sein. In der Rede auf dem jüngsten Parteitag verkündete Staatspräsident Xi Jiping das Ziel, 2020 allen Bürger*innen einen bescheidenen Wohlstand zu sichern. Für die langfristige Entwicklung bis 2049 (100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China) soll, mit einer Zwischenetappe 2035, China zunehmend auf entscheidenden innovativen Gebieten weltweit mit führend und bestimmend sein und sich zu einer modernen, innovativen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer lebenswerten natürlichen Umwelt transformieren. All dies wird natürlich weitgehende Einflüsse auf die globale Wirtschaft ausüben. Schon gegenwärtig vollzieht sich ein längerfristiger Prozess der Verdrängung der USA als Hegemon in der Weltwirtschaft.

die zukünftige Gestaltung eines modernen Sozialismus sind die chinesischen Erfahrungen bei der Verbindung einer Marktwirtschaft, die ausgeprägte kapitalistische Züge aufweist, mit einer staatssozialistischen Wirtschaft unter Führung einer kommunistischen Partei.

Die Ergebnisse des seit Ende der 1970er Jahre beschrittenen Weges in China bestehen u.a. in einem mehrere Jahrzehnte andauernden weltweit einmalig hohen ökonomischen Wachstum, der zunehmenden Herausbildung moderner, innovativer Produktionskomplexe und einer weitgehenden Überwindung von Armut. Gleichzeitig erstarkten in China im Zusammenhang mit der umfassenden Einführung der Marktwirtschaft kapitalistische Tendenzen. Die soziale Differenzierung hat stark zugenommen und ist durch extreme Einkommensunterschiede gekennzeichnet. Die bisherige Wirtschaftsentwicklung ist mit hohen Umweltschäden verbunden. Demokratische Rechte sind eingeschränkt. Die Führungsrolle der Kommunistischen Partei bleibt unantastbar. Für die Beurteilung Chinas ist jedoch entscheidend, dass der beschrittene Weg nicht wie im Realsozialismus Europas gescheitert ist, sondern die tiefe gesellschaftliche Krise Ende der 1970er Jahre überwunden hat, und ein erfolgreicher Weg ökonomischer und sozialer Fortschritte eines ehemals rückständigen, kolonial ausgebeuteten Landes zu einer im globalen Maßstab starken und entwickelten Wirtschaft, gestützt auf eigene Kräfte, beschritten werden konnte.

1.3 Neue Anforderungen und Ansprüche, die sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturbedingungen ergeben

Die Entwicklung der Produktivkräfte ist die wichtigste Grundlage für den gesellschaftlichen Fortschritt und für eine bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in der Arbeit und in allen Lebensbereichen. Ihre Wirksamkeit hängt vor allem von der Entwicklung ihrer verschiedenen Elemente sowie der Qualität und dem Niveau ihres Zusammenwirkens durch eine adäquate Tech-

nologie, Leitung und Organisation der Produktion und der damit verknüpften Verteilung und Verwendung ab. Die hiermit verbundenen Probleme und Erkenntnisse werden im Kapitel 3 im Zusammenhang mit den verschiedenen Herausforderungen behandelt.

1.4 Erkenntnisse einer modernen, zeitgemäßen Gesellschaftstheorie, in der der marxistischen Theorie ein wichtiger Platz zukommt

In den Analysen, insbesondere zur systemischen Krise des Kapitalismus und zu einer sozialistischen Transformation sowie in Diskussionen über die hiermit verbundenen Probleme konnten in den letzten Jahren Erkenntnisfortschritte erzielt werden. Das betrifft insbesondere den Inhalt und die Voraussetzungen einer großen Gesellschaftstransformation und ihrer Realisierung als doppelte Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus hin zu einer sozialistischen Gesellschaft, einschließlich der hierfür unverzichtbaren Akteure und neuen Akteurskonstellationen. Hierzu gehören auch die Untersuchungen zu den Ursachen für das bisherige Scheitern sozialistischer Versuche.

Wichtig sind u.a. Erkenntnisse zu den Subjekten und Akteuren einer sozialistischen Transformation, die die vereinfachte und einseitige Auffassung über die Arbeiterklasse als das revolutionäre Subjekt kritisch überwunden haben. Auf einigen für einen zukunftsfähigen Sozialismus entscheidenden Gebieten der Theorie gibt es beträchtliche Defizite. In der ökonomischen Theorie⁶ betrifft dies insbesondere die noch unzureichenden Vorstellungen über Organisation und Funktionsweise einer modernen sozialistischen Volkswirtschaft einschließlich der Stellung der selbstständig wirtschaftenden Unternehmen im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess.

⁶ Ulrich Busch kritisiert in einem Beitrag die Vernachlässigung der Ökonomie in den Zukunftsvorstellungen der Linken (Busch 2016: 102ff.).

Es gibt bisher noch kein gemeinsames Konzept der Linken zu einer solchen sozialistischen Alternative. Viele Fragen bleiben umstritten und weiterhin offen. Es ist also notwendig, wissenschaftliche Analysen und Studien sowie Diskussionen zu diesen Fragen intensiv weiterzuführen. Dies gilt ebenfalls für eine wirksame Gestaltung des internationalen Rahmens für gemeinsame Untersuchungen und Diskussionen sowie für gemeinsame Analysen und Diskurse zwischen verschiedenen linken Gruppen und sozialen Bewegungen.

Die große Bedeutung, die den Anforderungen an eine sozialistische Gesellschaft und den hiermit verbundenen Problemen zukommt, wird vor allem darin sichtbar, dass es bisher in der ganzen Welt kein Beispiel dafür gibt, dass es gelungen ist, eine zukunftsfähige, demokratische und freiheitliche sozialistische Gesellschaft herauszubilden.

In der Sowjetunion und in Osteuropa ist der Staatssozialismus nach mehr als 70 bzw. 45 Jahren gescheitert. Die Analyse der bisherigen Versuche, eine nachkapitalistische, sozialistische Ordnung zu schaffen, darf nicht dabei stehen bleiben, die Ursachen und Gründe dafür aufzudecken, dass diese Versuche bisher noch nicht zu einem nachhaltig erfolgreichen Ergebnis geführt haben. Sie muss auch die Frage beantworten, wie verhindert werden kann, dass diese Gründe bei zukünftigen sozialistischen Transformationen erneut auftreten.

Gegen einen Beitrag, in dem die Herausforderungen an eine zukünftige sozialistische Gesellschaft im Vordergrund stehen, ließe sich einwenden, dass solche Fragen zwar interessant seien, ihre Ausarbeitung und Diskussion gegenwärtig aber nicht wichtig oder dringend, da die Probleme einer sozialistischen Gesellschaft angesichts der bestehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse heute und in absehbarer Zukunft in Deutschland und in Europa nicht aktuell seien. Ich bin aber der Meinung, dass es trotzdem auch jetzt eine dringende Aufgabe der Linken ist, sich mit den Anforderungen an eine zukünftig mögliche sozialistische Gesellschaft zu beschäftigen. Die aus meiner Sicht wichtigsten Gründe dafür sind:

Substanzielle Bestandteile des dringend notwendigen Politikwechsels sind Anstrengungen und Kämpfe für echte gesellschaftliche Reformen. Die Vision eines demokratischen Sozialismus und ein Nachweis, dass er grundsätzlich möglich ist, kann dazu beitragen, die Zweifel an eine sozialistische Alternative zurückzudrängen, und damit zugleich die gegenwärtigen Kämpfe um einen Politikwechsel zu stimulieren und dafür neue Akteure zu gewinnen.

Eine konsequente Durchsetzung der im 3. Kapitel zu charakterisierenden Herausforderungen setzt die Überwindung des Kapitalismus voraus. Das heißt aber keinesfalls, dass nicht versucht werden müsste, heute bestimmte Elemente dieser Anforderungen, die nicht nur für eine ferne Zukunft bestimmt sind, umzusetzen oder Schritte zu ihrer Umsetzung anzustreben. In diesem Sinne kann die Begründung und Diskussion der Herausforderungen an einen zukünftigen Sozialismus dazu beitragen, die Wirksamkeit der Politik der Linken zu erhöhen, die auf die Lösung der drängendsten gegenwärtigen politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme gerichtet ist. Die sozialistischen Transformationen werden in Zukunft im Vergleich zu den revolutionären Umbrüchen des 20. Jahrhunderts voraussichtlich viel mehr durch Umwandlungen gekennzeichnet sein, die sich schrittweise in einem längeren demokratischen Prozess vollziehen.

In einem solchen Prozess wird es in weit höherem Grad als bei der im 20. Jahrhundert typischen, faktisch uneingeschränkten Führung einer kommunistischen Partei nach der Eroberung der politischen Macht darauf ankommen, die Mehrheit der Bevölkerung für die Akzeptanz des eingeschlagenen Weges zu einer sozialistischen Alternative zu gewinnen und diese zunehmend in eine aktive Unterstützung gegen den zweifellos heftigen Widerstand des Kapitals und anderer reaktionärer Kräfte weiterzuentwickeln. Dies wird eine ständige und schicksalsentscheidende Aufgabe einer erfolgreichen sozialistischen Transformation sein.

Die mit einer sozialistischen Transformation verbundenen Probleme sind so komplex, differenziert und auch in Vielem widersprüchlich, dass es längerer Zeit intensiver Forschungsarbei-

ten, Diskussionen und anderer gemeinsamen Anstrengungen der Linken bedarf, um in wichtigen Punkten zu gemeinsamen Auffassungen, zu einem gemeinsamen Projekt der Linken zu kommen. Die hierzu erforderlichen Auseinandersetzungen sollten nicht auf spätere Zeiten verschoben werden.

Seit vielen Jahren gibt es in der Linken, auch innerhalb der Linkspartei, teilweise recht heftige Auseinandersetzungen um Grundfragen linker Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, wie die folgenden:

- Soll die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens gegenwärtig eine Forderung der Linken sein?
- Welche Konsequenzen ergeben sich aus Klima- und Umweltkrise für das ökonomische Wachstum – ist eine Post-Wachstumsgesellschaft erstrebenswert?
- Welche Bedeutung hat die Überwindung der imperialen Produktions- und Lebensweise des Nordens für den Abbau der Nord-Süd-Kluft? (Brand/Wissen 2017)
- Welche Rolle spielen Marktverhältnisse im Sozialismus und wie sind die Beziehungen zwischen Plan und Markt in einem zukünftigen Sozialismus zu gestalten?

Ich gehe davon aus, dass es keine einfachen Lösungen für diese und andere komplexe Probleme gibt. Jede Lösungsrichtung ist meist mit widersprüchlichen, sowohl positiven als auch negativen Wirkungen verbunden. In meinem Beitrag soll zumindest auf diese differenzierte und komplizierte Problematik hingewiesen werden, ohne sie darin ausführlich behandeln und konkrete Lösungsvorschläge unterbreiten zu können.

In den verschiedenen Ländern bzw. Weltregionen bestehen unterschiedliche Bedingungen für bzw. Anforderungen an die weitere gesellschaftliche Entwicklung. Sie sind Ergebnis spezifisch historischer Prozesse und Erfahrungen sowie bestehender wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu anderen Ländern bzw. ihrer Stellung in der globalen »Hierarchie«.

Ein kompliziertes Problem für eine sozialistische Transformation und die darauf beruhende weitere Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft kann sich daraus ergeben, dass die politischen

Kräfteverhältnisse den Beginn radikaler Reformen im Interesse der Bevölkerungsmehrheit eher in solchen Ländern ermöglichen, wie z.B. Griechenland, in denen die Zerstörung der gesellschaftlichen Reproduktion besonders bedrohliche Dimensionen erreicht hat. Solche Länder sind jedoch, wie gerade die Erfahrungen Griechenlands gezeigt haben, extrem abhängig von der Übermacht ihrer kapitalistischen Umwelt, wie sie in der Troika-Politik gegenüber Griechenland deutlich wurde, und die die Fortschritte in Richtung echter Alternativen faktisch unmöglich gemacht hat.

Solange die oben genannten Deformationen der gesellschaftlichen Reproduktion nicht spürbar zurückgedrängt worden sind, hat ein Land oder auch eine vom ökonomischen Potenzial her kleinere Gruppe von Ländern nur eingegrenzte Chancen für das Erreichen einer sozialistischen Alternative. Besonders problematisch sind die eingeschränkten wirtschafts- und sozialpolitischen Spielräume einer mit hohen Schulden und hoher Importabhängigkeit (ständige Importüberschüsse) belasteten Volkswirtschaft. Die großen Herausforderungen für eine sozialistische Alternative könnten unter solchen Bedingungen nur mit ganz erheblichen Abstrichen bewältigt werden. Hieraus ergibt sich die Konsequenz, soweit wie möglich im Rahmen der gegenwärtig bestehenden kapitalistischen Verhältnisse für eine Reformpolitik zu kämpfen, auf deren Grundlage es gelingen könnte, einige der schlimmsten Züge der zerrütteten gesellschaftlichen Reproduktion spürbar zurückzudrängen. Bei der inhaltlichen Bestimmung konkreter Schritte einer sozialistischen Transformation kommt Schritten zur Überwindung dieser Deformationen der gesellschaftlichen Reproduktion daher eine hohe Priorität zu.

Kapitel 2

Zusammenhänge und Probleme zur Bestimmung der Herausforderungen

Für das Verständnis und die Beurteilung der Herausforderungen für sozialistische Gesellschaften sollen hier nochmal zwei Aspekte besonders hervorgehoben werden. Eine zukünftige sozialistische Entwicklung wird einerseits zwischen den verschiedenen Ländern große Unterschiede in den konkreten Wegen aufweisen und damit auch in der Art und Weise, wie den Herausforderungen Rechnung getragen wird bzw. werden müsste. Diese Differenziertheit hebt jedoch nicht die Notwendigkeit auf, in allen sozialistischen Ländern grundsätzlich alle im Folgenden genannten Herausforderungen zu berücksichtigen. Zum anderen ist zu beachten, dass die Realisierung dieser Herausforderungen mit vielen komplizierten Zusammenhängen und gegenseitigen Abhängigkeiten verbunden sein wird, die mit immer wieder neu auftretenden und zu lösenden Problemen und Widersprüchen einhergehen.

Zu diesen und damit verbundenen Fragen gibt und gab es schon längere Zeit – darunter auch im Zusammenhang mit den 1968er Ereignissen – in der Linken und darüber hinaus intensive Auseinandersetzungen. Sie betrafen und betreffen weiterhin u.a. die Systemkrise des Kapitalismus, kritische Diskussionen zur Bewertung der Entwicklung in der DDR und in anderen staatssozialistischen Ländern sowie Konsequenzen, die sich aus dem Scheitern des Realsozialismus ergeben. Honneth hebt in seinem Buch »Die Idee des Sozialismus« zwei Thesen hervor, die auf Marx zurückgehen, und die aufgrund der vorliegenden Erfahrungen und deren Verallgemeinerung korrigiert werden müssten: Das Proletariat habe durch den Sturz des Kapitalismus nichts als seine Ketten zu verlieren und die Arbeiterklasse sei infolge ihrer Stellung in der kapitalistischen Produktion historisch gesetzmäßig die re-

volutionäre Kraft zum Sturz des Kapitalismus und für seine Ablösung durch den Sozialismus. (Vgl. Honneth 2016: 20ff.) Honneth bleibt aber bei diesen Feststellungen stehen und zeigt nicht, welche Akteure für die Überwindung des Kapitalismus gewonnen werden können, und dass auch in Zukunft die Klassenkämpfe hierfür eine entscheidende Rolle spielen werden. Die veränderten Bedingungen dieser Kämpfe, die starke Ausdifferenzierung der Arbeiterklasse, ihre Existenz und Entwicklung in verschiedenen Schichten und Fraktionen, die sich voneinander insbesondere durch ihre soziale Lage und ihre Interessen unterscheiden, müssen jedoch stärker analysiert und berücksichtigt werden. (Vgl. hierzu Brie/Spehr 2008: 18ff.; Brie/Candeias 2017; Dörre 2017)

Das Aufgreifen und die Bewältigung der Herausforderung an eine sozialistische Entwicklung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine zielgerichtete linke Politik und Strategie sowohl in einer sozialistischen Transformation als auch in einer daraus entstandenen sozialistischen Gesellschaft. Unter den zahlreichen Anforderungen sollen hier zwei hervorgehoben werden. Veränderungen müssen im konkreten Inhalt der jeweiligen Herausforderungen und im Hinblick auf das Entstehen neuer Herausforderungen auf den verschiedenen Gebieten möglichst frühzeitig erkannt, analysiert und in der Politik berücksichtigt werden. Die erreichbaren Ergebnisse sind weitgehend davon abhängig, wie die Herausforderungen als Einheit objektiver Erfordernisse und Tendenzen einerseits und als Anspruch an die Wirksamkeit der Akteure andererseits aufgefasst und realisiert werden. Diese Wirksamkeit wird wiederum von den Fähigkeiten der Akteure bestimmt, die objektiven Tendenzen und die Bedingungen ihrer Umsetzung zu erkennen und in ihrer direkten aktiven Teilnahme an den Auseinandersetzungen diese Erkenntnisse praktisch zu verwirklichen. Hierfür ist entscheidend, wie und inwieweit es gelingt, angesichts der verschiedenen Strömungen in der pluralen Linken eine kollektive linke Handlungsfähigkeit herauszubilden und wirksam zu machen.

Den folgenden Darlegungen liegt die Überlegung zugrunde, dass die Bestimmung der Herausforderungen für eine sozialis-

tische Gesellschaft eine geeignete Grundlage ist, um die Aufgaben und Probleme einer neuen, zukunftsfähigen sozialistischen Gesellschaft zu charakterisieren. Ich habe den Begriff Herausforderung bewusst gewählt, weil er geeignet ist, die vielfältige Problematik eines neuen Sozialismus des 21. Jahrhunderts in ihrer Komplexität und zugleich Differenziertheit darzustellen. Ich gehe davon aus, dass die Herausforderungen grundsätzlich jeweils notwendige, stabile Grundzusammenhänge einer sozialistischen Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Ihr konkreter Inhalt entfaltet sich hingegen in spezifischen Beziehungen und Tendenzen und unterliegt ständigen Veränderungen.

Die Herausforderungen betreffen sowohl notwendige Bedingungen und Voraussetzungen einer sozialistischen Gesellschaft, als auch ihre grundlegenden Ziele. Bei ihrer Charakterisierung soll deutlich werden, dass die Beziehungen zwischen Bedingung und Ziel und damit auch die spezifischen Funktionen, die sie in einer sozialistischen Gesellschaft ausüben, beträchtliche Unterschiede aufweisen. Bei mehreren Herausforderungen stehen nicht die Ziele selbst, sondern die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen und Bedingungen für deren Verwirklichung im Vordergrund. Am deutlichsten wird dies in den Herausforderungen 3.2 (Schaffung sozialistischer Eigentumsverhältnisse), 3.3 (neue sozial-ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Produktions- und Betriebsweise), 3.5 (qualitativ neues System der gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft und der anderen Bereiche) und 3.6 (leistungsfähiges und sozial gerechtes Steuer- und Abgabensystem).

Auch in diesen Herausforderungen spielen spezifische Ziele direkt eine Rolle, z.B. bei der Herausbildung von Eigentumsverhältnissen und -strukturen, die eine demokratische Partizipation der Beschäftigten als Element ihrer Selbstverwirklichung umfassen. In die Herausbildung einer sozialistischen Produktions- und Betriebsweise sind wichtige Ziele integriert, wie gute Arbeit, ein neues Zeitregime, demokratische Partizipation an Entscheidungen, Bewahrung der natürlichen Umwelt. In der neuen Regulierungsweise sind wesentliche Elemente der demokratischen Teilhabe enthalten.

Diese vorwiegend als Bedingungen charakterisierten Herausforderungen sind untereinander eng verflochten und können ihre positiven Wirkungen für die Verwirklichung der Ziele einer sozialistischen Gesellschaft nur in ihrer Gesamtheit und gegenseitigen Verflechtung optimal erfüllen. Die mit der Produktivkraftentwicklung eng verflochtene Herausbildung einer spezifisch sozialistischen sozial-ökologisch nachhaltigen Produktions- und Betriebsweise, zu deren konstitutiven Elementen auch eine andere Ökonomie der Zeit gehört, kann als entscheidende Bedingung angesehen werden, damit der Sozialismus sich als zukunftsfähig und zunehmend als stabil und irreversibel erweist.

Marx analysierte die beiden Stufen der Subsumtion des Arbeitsprozesses unter das Kapital einmal als formelle Subsumtion des vorhandenen, gegebenen Arbeitsprozesses unter das Kapital und zum anderen als reelle Subsumtion und Umgestaltung dieses Arbeitsprozesses durch das Kapital entsprechend den Erfordernissen der Produktion des relativen Mehrwerts. In Analogie hierzu könnte die Herausbildung einer solchen Produktions- und Betriebsweise als Schritt von einer formellen sozialistischen Produktionsweise (Staatssozialismus) zu einer reell sozialistischen Produktionsweise charakterisiert werden. (Vgl. Kuczynski 2017a)

Nicht alle Herausforderungen werden im folgenden Kapitel hinsichtlich ihres Inhalts und der Probleme ihrer Verwirklichung ausführlich behandelt. Im Vordergrund stehen diejenigen, die für die Realisierung der potenziellen Überlegenheit einer sozialistischen Gesellschaft entscheidend und auch mit den größten Schwierigkeiten und Problemen der Umsetzung verbunden sind. Am umfassendsten werden im Folgenden die Probleme einer neuen Regulierungsweise, die jeweilige Rolle der Marktregulierung und der gesellschaftlichen Regulierung/Planung sowie deren Verflechtungen behandelt (Kapitel 3.5).

Die verschiedenen Herausforderungen lassen sich größtenteils nicht klar voneinander abgrenzen. Sie gehen teilweise ineinander über. Bei mehreren Herausforderungen treten ähnliche Probleme auf, weshalb sich bei ihrer jeweiligen Charakterisierung Überschneidungen und Wiederholungen nicht völlig vermeiden lassen.

Kapitel 3

Herausforderungen für einen zukunftsfähigen Sozialismus des 21. Jahrhunderts

3.1 Entwicklung der Produktivkräfte

Eine Entwicklung der Produktivkräfte ist zu erreichen, die Defizite und Fehlentwicklungen im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus überwindet. Im Vordergrund stehen eine höhere Produktivität und Effizienz der gesellschaftlichen Reproduktion und die Schaffung der Bedingungen, um ihre Potenziale und Möglichkeiten für eine neue Ökonomie der Zeit, für die Erhaltung der natürlichen Umwelt und für die freie Entfaltung der Individualität umfassend zu nutzen sowie die Bedürfnisse der Menschen in der Arbeit und im Leben zu befriedigen. Zugleich sind die Produktivkräfte konsequent auf die Herausbildung einer neuen, dem Sozialismus adäquaten gesellschaftlichen Produktionsweise zu richten.

Für die Entwicklung der Produktivkräfte in einer sozialistischen Gesellschaft werden voraussichtlich folgende Tendenzen besonders wichtig sein:

1. weitere Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der Menschen und Entfaltung ihrer Kreativität, die auf ihrer höheren Bildung, der Entwicklung ihrer Individualität und der Umsetzung der Forderungen nach »guter Arbeit« beruht und die Erweiterung der Räume für die Nutzung dieser Potenziale einschließt;
2. weiterwachsende Rolle der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendung im Zusammenhang mit einer wirksamen Förderung von Innovationen;
3. verstärkte Orientierung der Produktivkraftentwicklung auf Aufgaben und Erfordernisse, die auf eine Verringerung des Einsatzes natürlicher Ressourcen, die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und anderer schädlicher Abfälle, auf Recycling und

Kreislaufwirtschaft sowie insgesamt auf die Erhaltung der natürlichen Umwelt gerichtet sind;

4. konsequente Nutzung der Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik zur Verbesserung der Qualität der Konsumgüter und Dienstleistungen, darunter zur Erhöhung der Lebensdauer und der Reparaturfreundlichkeit der hergestellten Güter;
5. progressive Veränderungen der Wirtschafts- und Produktionsstrukturen zugunsten der Dienstleistungen, die ihr Gewicht in der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung weiter erhöhen, und neuer forschungsintensiver und qualitativ besserer Gebrauchswerte, die auch weniger materialintensiv sind;
6. Entwicklung und umfassende Anwendung neuer revolutionierender Technologien, insbesondere der Digitalisierung, die große Potenziale enthalten, um die Produktivität der Arbeit zu erhöhen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern, zugleich aber auch viele Gefahren aufweisen. Hiermit ist auch eine qualitativ neue Rolle der Information als Element der Produktivkräfte verbunden.

In diesen Tendenzen wird deutlich, dass es nicht schlechthin um eine hohe Dynamik der Produktivkräfte geht, sondern dass diese Dynamik in solche Richtungen erfolgen soll, die einen möglichst hohen Beitrag für die Verwirklichung der Ziele des Sozialismus leisten können. Dabei geht es vor allem um Produktivkräfte, auf deren Grundlage eine höhere Qualität der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen sowie erforderliche Leistungen zum sozial-ökologischen Umbau gesichert werden können (vgl. hierzu auch die unter 3.4 und 3.7 genannten Herausforderungen). Im Zusammenhang mit diesen Anforderungen an die Produktivkräfte sollen hier zwei für einen zukunftsfähigen Sozialismus äußerst wichtige Komplexe hervorgehoben werden, nämlich eine höhere Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und die umfassende Nutzung der neuen Möglichkeiten der Digitalisierung im Interesse der Menschen.

Die Gestaltung der Innovationsprozesse wies im gescheiterten Staatssozialismus beträchtliche Schwächen auf, die in einem

hohen Maße zum ökonomischen Rückstand der sozialistischen Länder gegenüber den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten beitrugen. Die Analyse der Ursachen für diesen Rückstand macht deutlich, dass es in einem zukunftsfähigen Sozialismus besonders wichtig ist, rasch und flexibel auf neue wissenschaftliche und technologische Erkenntnisse und Erfordernisse zu reagieren sowie die Anstrengungen stärker auf eine möglichst schnelle Umsetzung und stärkere Ausbreitung von Innovationen zu legen. Dazu ist der gesamte Reproduktionszyklus, von der Forschung und Entwicklung, der Überführung ihrer Ergebnisse in die Produktion, bis zur Herstellung und zum Absatz der neuen Erzeugnisse und Leistungen, zu erfassen und zu analysieren, um ihn möglichst zu verkürzen. Neben einer wirksamen Steuerung und ökonomischen Stimulierung dieser komplexen Prozesse in den jeweiligen Volkswirtschaften müssen dafür die vorhandenen Forschungs- und Entwicklungspotenziale und die Investitionen auf ausgewählte wichtige Innovationen konzentriert werden. Dies ist wiederum im hohen Maße daran gebunden, dass eine langfristige, für alle beteiligten Partner vorteilhafte und stabile internationale Kooperation und Arbeitsteilung gestaltet werden kann.

Die praktischen Erfahrungen im Realsozialismus haben gezeigt, dass die Auswahl der Forschungs- und Innovationskomplexe, die Bereitstellung der für ihre rasche Umsetzung und breite Anwendung erforderlichen Potenziale sowie die Vereinbarung dazu notwendiger arbeitsteiliger Projekte kooperativer Arbeiten zwischen verschiedenen Staaten nicht reibungslos verlaufen, sondern oft auf Widerstände und widersprüchliche Interessen stoßen. In der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) entstanden öfter beträchtliche Zeit- und Effektivitätsverluste sowie Hemmnisse für die Vereinbarung neuer gemeinsamer Projekte. Lösungswege für solche Probleme zu finden, gehört auf jeden Fall auf die Agenda einer neuen Qualität internationaler Zusammenarbeit (vgl. hierzu Herausforderung 3.9).

Von besonderer Bedeutung werden in der nächsten Zeit die auf der Digitalisierung beruhenden Entwicklungen der Produk-

tivkräfte sein. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Digitalisierung nicht nur die Welt der Technik, der Arbeit und der Wirtschaft durchdringen und verändern wird. Sie wird auch Auswirkungen auf die gesamte Arbeits- und Lebenswelt der Menschen, auf ihr Denken, Fühlen und Handeln haben.

Nach gegenwärtigen Erkenntnissen werden dabei u.a. folgende Prozesse und Zusammenhänge eine wichtige Rolle spielen. (Vgl. zu den folgenden Ausführungen: Buhr u.a. 2017; ver.di 2016) Die Digitalisierung ist die Grundlage für eine neue industrielle Revolution. Sie ermöglicht eine neue Qualität der Automatisierung, insbesondere der automatischen Steuerung wesentlicher Teile und Komplexe des Reproduktionsprozesses. Sie verändert damit Inhalt, Qualität und Strukturen der Erwerbsarbeit und führt zur Freisetzung vor allem einfacher Routinearbeiten. Durch die rasante Vergrößerung der verfügbaren und eingesetzten Menge an Informationen und deren beschleunigte Verarbeitung können die Produktionszeiten verkürzt werden, kann schnell und flexibel auf Bedarfsänderungen reagiert werden, und können verschiedene Fertigungsstufen effektiver miteinander verkoppelt werden. Durch das sogenannte Internet der Dinge, das darauf beruht, dass materielle Gegenstände – Maschinen, Anlagen und technische Konsumgüter – direkt durch das Senden und Empfangen von Informationen miteinander verbunden sind, können wichtige Vorgänge ohne Mitwirken von Menschen gesteuert und realisiert werden. Neu ist weniger der flächendeckende Computereinsatz, sondern die Möglichkeiten digitaler Vernetzung. Maschinen, Anlagen, Roboter und andere Geräte können mithilfe zugewiesener IP-Adressen gesteuert und kontrolliert werden.

Bei der Einschätzung der Wirkungen dieser Prozesse muss beachtet werden, dass bisher insgesamt die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität nicht gestiegen sind und dass die Anzahl der Beschäftigten in der jüngsten Zeit in Deutschland und in anderen industrialisierten Ländern zugenommen hat.

Die Digitalisierung erweitert die Möglichkeiten und verändert die Art und Weise, wie Partizipation der Menschen in Politik und Gesellschaft erfolgt, wie Staaten soziale Dienste bereit-

stellen, wie die Teilnahme am Arbeitsmarkt funktioniert. Daraus ergeben sich Konsequenzen und neue Fragestellungen für die Gewerkschaften schon heute. Im Vordergrund steht die Forderung, die Gesellschaft human und sozial zu gestalten sowie die Partizipation der Menschen daran zu gewährleisten. Dabei geht es auch um solche Fragen, wie: Welche Auswirkungen wird die Digitalisierung auf den Wohlfahrtsstaat haben? Wie kann Digitalisierung zu seiner Modernisierung beitragen? Wie können durch Digitalisierung die Nutzung technischer Innovationen für den sozialen Fortschritt erhöht und hiermit verbundene Widersprüche gelöst werden? Welche neuen Gestaltungsräume, wie sie in der industriell geprägten Arbeitswelt bisher kaum vorhanden waren, entstehen im Alltag der Menschen?

Zugleich ist es erforderlich, den potenziellen Gefahren dieser Entwicklung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und negative Wirkungen, wie Überwachung der Bürger*innen, Werbeflut, Konflikte zwischen Arbeitszeit und Freizeit infolge zunehmender Ansprüche an Verfügbarkeit der Arbeitskraft auch außerhalb der Arbeitszeit, einseitige und übertriebene Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten besonders durch Kinder und Jugendliche, einzuschränken und weitgehend zu vermeiden.

Darüber hinaus wird es sinnvoll und notwendig sein, die Beziehungen zwischen Produktivkräften und ökonomischem Wachstum weiter zu analysieren und zu erörtern. Die Entwicklung der Produktivkräfte realisiert sich vor allem über Innovationen in einer höheren Arbeitsproduktivität. Die Zunahme der Arbeitsproduktivität ist wiederum die wichtigste Grundlage für ein ökonomisches Wachstum. Seit Jahrzehnten ist in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern das Wachstumstempo zurückgegangen. Eine Tendenz, die in der Wirtschaftswissenschaft auch als »säkulare Stagnation« bezeichnet wird. Die entscheidende Ursache hierfür sind die sinkenden Raten der Produktivitätssteigerung. In einer umfassenden, langfristigen (1929-2015) Analyse hat Robert J. Gordon diesen Trend sinkender Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität in den USA untersucht und vor allem

als abnehmende Wirksamkeit des technologischen Fortschritts auf der Grundlage von Innovationen gekennzeichnet. (Gordon 2015) Vom IMK wurden diese Analysen in einer Tabelle mit folgenden Werten der jahresdurchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität zusammengefasst und für Deutschland und die G7-Staaten ergänzt, mit im Kern ähnlich sinkenden Trends der Produktivitätssteigerung.

Jährliche Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität in den USA (Zusammenstellung IMK 2017 nach Gordon 2015):

1920-1950	2,97%
1950-1972	2,65%
1972-1996	1,38%
1996-2004	2,51%
2004-2014	1,22%

Das jährliche Wachstumstempo des BIP betrug in den USA: 1950-1972 3,9%, 1972-1996 3,0% und ging 2004-2014 auf 1,6% zurück.

Gordons These über die Innovationsschwäche als entscheidendem Grund für die säkulare Stagnation wird um die sogenannten »Gegenwinde« ergänzt: Demografische Entwicklung, Schwächen in der Ausbildung, zunehmende soziale Ungleichheit, hohe Staatsverschuldung und Umweltprobleme.

Im Zusammenhang mit der Wachstumsschwäche und der dramatischen Zuspitzung der Umwelt- und Klimaprobleme in der nahen Zukunft sind gegenwärtig zwei einander entgegengesetzte Diskussionsstränge sichtbar. Der eine hebt die negativen Wirkungen der Wachstumsschwäche hervor – zunehmende soziale Ungleichheit und Arbeitslosigkeit, steigende Verschuldung und höhere Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte, Schwierigkeiten in der Finanzierung der größeren Anforderungen sozialer Sicherheit – und unterbreitet Vorstellungen, wie die Wachstumsschwäche zu überwinden ist. Der andere stellt insbesondere die großen Gefahren der sich verschärfenden Umwelt- und Klimakrise und die sich daraus ergebenden Konsequenzen heraus. Im Zusammenhang mit den Umweltproblemen ist beiden Diskursen gemeinsam, dass sie die Maßnahmen zur stärkeren Reduzierung der Belastungen der natürlichen Umwelt, zur Senkung des Ver-

brauchs an Energie und Rohstoffen und des Ausstoßes an umweltschädlichen Klimagasen sowie zur Vermeidung gefährlicher Produktionsabfälle als unabdingbar notwendig hervorheben.

Ein dritter wachstumskritischer Diskussionsstrang geht jedoch davon aus, dass die Umsetzung dieser Forderungen nicht ausreichen wird, sondern dass auch Konsequenzen für den Übergang zu einer ökonomischen Entwicklung ohne weiteres Wachstum notwendig sind. (Vgl. Adler 2017) Diese – meiner Meinung nach grundsätzlich richtige und notwendige – Schlussfolgerung muss jedoch mindestens in dreifacher Richtung präzisiert werden. Erstens darf eine umweltgerechte ökonomische Entwicklung nicht auf umweltpolitische Maßnahmen reduziert werden. Ihre Grundlage ist ein *sozial*-ökologischer Umbau, der die notwendigen Maßnahmen für höhere soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Sicherheit einschließt. Damit breite Kreise der Bevölkerung umweltpolitische Maßnahmen unterstützen, gilt es nachzuweisen, dass diese nicht mit Arbeitsplatzverlusten oder sozialen Verschlechterungen vor allem für die Menschen mit niedrigem oder unterdurchschnittlichem Einkommen verbunden sein werden. In den entwickelten Industrieländern sind die Bedingungen zu schaffen, ohne weiteres wirtschaftliches Wachstum den Wohlstand der Menschen zu sichern und ihre Lebensqualität zu erhöhen. Zweitens sollte betont werden, dass ein Verzicht auf ökonomisches Wachstum nicht als Sofortmaßnahme realisiert werden kann, sondern notwendige Umstellungszeiten der gesellschaftlichen Reproduktion zu berücksichtigen sind. Drittens sollte in den Diskussionen auch klargestellt werden, dass es bei der Degrowth-Konzeption um eine Forderung für entwickelte Industrieländer geht und nicht um eine globale Forderung. Für die Überwindung der tiefen Kluft zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern wird noch für eine längere Zeit ein relativ starkes ökonomisches Wachstum in den ökonomisch unterentwickelten Ländern notwendig sein.

Die umfassende Berücksichtigung umweltpolitischer Erfordernisse in der ökonomischen Entwicklung ist auch in vielfältiger Weise mit der Produktivkraftentwicklung verbunden. Die

für ihre Entwicklung entscheidenden Innovationen sollten nicht wie bisher vor allem auf die Einsparung lebendiger Arbeit je Gebrauchswerteinheit gerichtet werden. Sie sollten weit stärker eine Einsparung an den verschiedenen Bestandteilen der vergegenständlichten Arbeit, insbesondere an Energie, Rohstoffen, Materialien ermöglichen.

Insgesamt ist es auch notwendig, dass sich im Zusammenhang mit diesen Erfordernissen unsere Sichtweise auf die Produktivkräfte verändert. Ihre Entwicklung sollte sich nicht mehr primär darin äußern, ihr größeres Leistungspotenzial in einem erhöhten Ausstoß materieller Güter zu realisieren. Sie müsste zunehmend dazu führen, materielle Ressourcen, die Natur und ihre Rohstoff- und Energieschätze sowie die daraus hergestellten Zwischenprodukte, Gebrauchsenergie und Arbeitsmittel im Wertschöpfungsprozess einzusparen. Die Wirksamkeit neuer Produktivkräfte sollte langfristig dazu führen, dass der Verbrauch der aus der natürlichen Umwelt direkt entnommenen Gegenstände nicht nur relativ, sondern auch absolut verringert wird. Dies betrifft ebenso die Verringerung der anfallenden Abfälle und klimaschädlichen Abgase. Deshalb müssen die Kriterien zur Bewertung der Produktivkräfte verändert werden.

Aus diesen Zusammenhängen folgt, dass ein hohes Entwicklungsniveau der Produktivkräfte eine entscheidende Voraussetzung für die Herausbildung einer dem Sozialismus entsprechenden neuen gesellschaftlichen Produktionsweise ist (siehe dazu Kapitel 3.3). Es kann als ihr konstituierendes Element angesehen werden.

3.2 Vergesellschaftung der Eigentumsverhältnisse

Die Dominanz des kapitalistischen Privateigentums ist zu überwinden und eine bestimmende Rolle des Gemein- und öffentlichen Eigentums in seinen vielfältigen Formen herauszubilden und zu sichern. Auf dieser Grundlage gilt es, neue Möglichkeiten für den gesellschaftlichen Fortschritt im Interesse der Men-

schen, für die Wirtschaftsdemokratie, für eine neue Qualität des gesellschaftlichen Zusammenhalts und für die Erhaltung der natürlichen Umwelt zu schaffen. Kleine und mittlere Unternehmen in Privateigentum und Selbständige sind Bestandteile der ihrem Gesamtcharakter nach sozialistischen Volkswirtschaft.⁷

Diese Herausforderung kann gemeinsam mit der Produktivkraftentwicklung als grundlegende Bedingung und Voraussetzung für die Verwirklichung aller anderen Herausforderungen angesehen werden. Das verlangt, dass die konkrete Gestaltung sozialistischer Eigentumsverhältnisse vor allem als reale Vergesellschaftung entscheidender Teile des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln durchgeführt wird.

Die Dominanz sozialistischer Eigentumsverhältnisse kann als notwendige Bedingung angesehen werden, um die Blockierungen und Fehlentwicklungen der Produktivkräfte im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus aufzuheben und ihre weitere Entwicklung auf die bessere Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Menschen, gute Arbeitsbedingungen und die Erfordernisse zur Erhaltung der natürlichen Umwelt zu richten. Diese Dominanz ist zugleich entscheidend, um die Bedingungen für eine umfassende Wirtschaftsdemokratie in allen Teilen der Wirtschaft zu schaffen und eine neue Qualität der Regulierung der Wirtschaft und anderer Bereiche der Gesellschaft zu realisieren. Die Forderung nach Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist auch für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert zentral. Sie hat nicht an Bedeutung verloren. Sie ist jedoch weit differenzierter und vor allem in einer grundlegend anderen, neuen Qualität in Vergleich zum Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts umzusetzen.

Die Vergesellschaftung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln als dessen Aneignung durch die assozi-

⁷ Zu Problemen der Herausbildung sozialistischer Eigentumsverhältnisse gibt es eine umfangreiche Literatur, vgl. u.a. Brie/Spehr 2008; Klein 2011: 201ff.; Krüger 2016: 234ff.), die hier nicht umfassend ausgewertet und diskutiert werden kann. Ich beschränke mich auf einige Hinweise im Zusammenhang mit den Eigentumsproblemen.

ierten Produzenten müsste vor allem dort erfolgen, wo die Macht des Groß- und Finanzkapitals der Verwirklichung der sozialen und ökologischen Ziele entgegensteht. Dies betrifft vor allem Großbanken und andere Finanzmarktakteure, Energiekonzerne, transnationale Großkonzerne, Monopolisten über Naturgüter und Netze sowie kapitalistisches Privateigentum in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die ökonomischen Beziehungen zwischen den Betrieben und Unternehmen in öffentlichem Eigentum – der Kommune, des Bundeslandes oder der gesamten Gesellschaft (des Staates als Gesamtvertreter der Gesellschaft) müssen darauf gerichtet sein, Selbständigkeit und hohe Eigenverantwortung der wirtschaftenden Einheiten im öffentlichen Eigentum sowie eine wirksame Interessiertheit der Betriebskollektive und ihres Managements an guten wirtschaftlichen Ergebnissen zu sichern. Dies ist eng mit einer wirksamen demokratischen Partizipation der Belegschaften an der Vorbereitung und Durchführung von Entscheidungen zur Entwicklung der jeweiligen wirtschaftenden Einheit zu verbinden.

Die Beziehungen zwischen Staat (Kommune, Kreis, Bundesland, bzw. andere regionale Einheiten, und Gesamtstaat) und den wirtschaftenden Einheiten sollten so gestaltet werden, dass gesamtwirtschaftliche Erfordernisse und strategische Aufgaben durchgesetzt und dabei die regionalen Erfordernisse berücksichtigt werden können. In diesen Beziehungen zwischen den wirtschaftenden Einheiten und dem Staat ist die Abführung von Steuern und Abgaben an den Staat eingeschlossen. All dies verlangt eine hohe Verbindlichkeit der Aufgaben, die mit den Plänen an die wirtschaftenden Einheiten gestellt werden und für die gesamtwirtschaftliche und regionale Entwicklung wichtig sind. Die in der Planung im Staatssozialismus praktizierte Festlegung detaillierter Einzelaufgaben für die wirtschaftenden Einheiten darf nicht mehr erfolgen.

Das Ziel ist eine wirkungsvolle Verflechtung von verbindlichen, vom Staat festgelegten wirtschaftlichen Aufgaben und größeren Spielräumen für eigene wirtschaftliche Entscheidungen zur

weiteren Entwicklung der Betriebe und Unternehmen. Die wirtschaftenden Einheiten entscheiden weitgehend in eigener Verantwortung über die Verwendung des nach Abführung der Steuern und Abgaben verbleibenden Gewinns für Investitionen und für Forschung und Entwicklung, für die Erweiterung und Verbesserung sozial-kultureller Einrichtungen und ihrer Leistungen für die Betriebsangehörigen sowie für die materielle Anerkennung besonderer Leistungen von Angehörigen der Betriebskollektive – Prämien und Zusatzlöhne. Hier wird auch der enge Zusammenhang zwischen den größeren Spielräumen für betriebliche Entscheidungen und der Partizipation der Beschäftigten an den zu treffenden Entscheidungen sichtbar.

Die Herausbildung einer Vielfalt sozialistischer Eigentumsverhältnisse kann dabei Erfahrungen und Ergebnisse des Realsozialismus sowie auch des Kapitalismus nutzen, u.a. für die Herausbildung und Entwicklung verschiedener Arten von Genossenschaften. Interessant sind die Erfahrungen in Argentinien und anderen lateinamerikanischen Ländern im Zusammenhang mit Betriebsbesetzungen und der Übernahme von in Konkurs gegangenen Betrieben durch die Beschäftigten, die diese Betriebe in eigener Regie fortführen. Wichtig sind auch aktuelle Erfahrungen bei der Herausbildung kommunaler und genossenschaftlicher Betriebe für eine eigene, auf erneuerbaren Energien beruhende Energiebasis der Kommunen. Größere Bedeutung gewinnen die Demokratisierung der Nutzung des Internets, die Erweiterung im Internet frei nutzbarer Informationen, wie z.B. der freien Enzyklopädie Wikipedia.

Die Eigentumsverhältnisse im Sozialismus sollten durch eine Vielzahl unterschiedlicher Eigentumsformen gekennzeichnet sein, die nebeneinander bestehen, untereinander verflochten sind und jeweils für bestimmte Gebiete und zur Lösung spezifischer Aufgaben geeignet sind. Hierzu gehören: Unternehmen in öffentlichem Eigentum des Staates, der regionalen Einheiten (wie Bundesländer in der Bundesrepublik) und Kommunen, Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung, genossenschaftliche Betriebe, Eigentum Selbständiger und Freiberufler, Privateigentum kleiner

und mittlerer Unternehmen sowie Betriebe mit gemischt privatem und öffentlichem Eigentum.⁸ Selbständige, darunter insbesondere auch Soloselbständige sollten im Sozialismus umfassende Möglichkeiten zur Entfaltung und Nutzung ihrer Potenziale unter Bedingungen einer hohen sozialen Sicherheit erhalten. In den Handelseinrichtungen, Verkehrsbetrieben, Banken und Sparkassen sowie in den Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sollten sich unterschiedliche Eigentumsformen entwickeln, die geeignet sind, die jeweils spezifischen Aufgaben zu erfüllen.

Es reicht jedoch nicht aus, Gemeineigentum zu schaffen. Es bleibt eine dauerhafte Aufgabe, die durch das Gemeineigentum entstehenden neuen Möglichkeiten umfassend im Interesse der Menschen zu nutzen: für soziale Sicherheit und Gleichheit, Erhöhung des Wohlstands aller Menschen, Entfaltung der Individualität und der Emanzipation der Menschen bei gleichzeitiger Stärkung ihrer Solidarität untereinander, die umfassende Demokratisierung und die Verbesserung der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Das stellt auch hohe Anforderungen an die Entwicklung von Ethik, Moral und Kritikfähigkeit. Letztere im doppelten Sinn: an die Fähigkeit, Kritik unabhängig von der Stellung des Kritisierten zu üben und an die Bereitschaft des Kritisierten, Kritik zu akzeptieren und sie auch dann aufzugreifen, wenn sie nur zum Teil berechtigt ist.

Die Bedeutung der Kritik für eine sozialistische Revolution und die Entwicklung der sich mit ihr herausbildenden neuen Gesellschaft wurde von Marx sehr eindringlich hervorgehoben. Im »Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte« schreibt Marx: proletarische Revolutionen »kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von Neu-

⁸ Die DDR hat mit den sogenannten halbstaatlichen Betrieben – Privatbetriebe mit staatlicher Beteiligung – mehrere Jahre gute Erfahrungen gesammelt, bis sie 1970 voll verstaatlicht wurden. Die ehemaligen Privateigentümer wurden nach der Umwandlung zu einem großen Teil als Betriebsleiter der so entstandenen VEB (volkseigenen Betriebe) eingesetzt.

em anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche«. (Marx 1972: 118) Leider widersprach die Realität der staatssozialistischen Länder völlig dieser Voraussage.

3.3 Eine neue sozial-ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Produktions- und Betriebsweise

Eine neue gesellschaftliche Produktions- und Betriebsweise ist herauszubilden, die auf einer qualitativ neuen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte und der Wirksamkeit sozialistischer Produktionsverhältnisse beruht. Auf ihrer Grundlage entstehen neue Bedingungen und Möglichkeiten für den gesellschaftlichen und individuellen Fortschritt sowie für einen nachhaltigen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. (Vgl. zu Problemen der gesellschaftlichen Betriebsweise Bischoff 2006: 67ff.).

Dafür gilt es, an die im Kapitalismus in der Produktivkraftentwicklung erreichten Ergebnisse anzuknüpfen und diese, soweit es sinnvoll ist, in die weitere sozialistische Entwicklung zu integrieren. Zugleich ist es unerlässlich, die Hemmnisse in der Entwicklung der Produktivkräfte und die negativen Seiten in der Nutzung der modernen Technik für die verstärkte Kontrolle und Überwachung der Menschen und für die Herstellung von Rüstungsgütern und unnötigen Luxusgütern zu beseitigen. Die notwendige Überwindung des Alten betrifft ebenso die einseitige Gestaltung der Beziehungen zwischen Mensch und Technik in der Arbeit sowie die ökonomischen Beziehungen zwischen den Unternehmen und ihre Beziehungen zum Staat, die weitgehend durch Konkurrenz und den Kampf um höchste Profite gekennzeichnet sind.

An deren Stelle tritt die Forderung nach umfassender Nutzung der Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung für eine neue Qualität »guter Arbeit«, hier vor allem ein neues, den Bedürfnissen der Menschen angepasstes Zeitregime der Arbeit sowie eine neue Organisation, Steuerung und Regelung der be-

trieblichen und gesellschaftlichen Reproduktion. Eine zentrale Aufgabe liegt in der demokratischen Gestaltung einer digitalen, internetbasierten Ökonomie. Dabei steht im Vergleich zum gegenwärtigen Kapitalismus im Vordergrund, Monopolisierungstendenzen im Internet zu beseitigen sowie gleiche Zugangsmöglichkeiten für alle, d.h. auch die stärkere Nutzung des Internets für die demokratische Willensbildung und höhere gesellschaftliche Transparenz zu sichern.

In die Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Produktionsweise sollten die Probleme und Aufgaben der Gestaltung dem Sozialismus adäquater Beziehungen zwischen Stadt und Land einbezogen werden. Ein Schwerpunkt müsste dabei sein, die in den Industrieländern typische Abkopplung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Dörfern und in landwirtschaftlichen Regionen von der Entwicklung in den Städten aufzuheben. Dafür werden Konzepte und konkrete Maßnahmen erforderlich sein, um neue Arbeitsmöglichkeiten in diesen Gebieten zu schaffen, die Mobilität der dort lebenden (häufig überdurchschnittlich älteren) Menschen zu erhöhen, ihre gesundheitliche Betreuung und Pflege sowie auch die tägliche Versorgung mit den notwendigen Waren und Dienstleistungen zu gewährleisten.

Die Herausbildung einer neuen dem Sozialismus eigenen gesellschaftlichen Produktions- und Betriebsweise ist eine Schlüsselfrage für Stabilität und Irreversibilität einer neuen sozialistischen Gesellschaft. Ihre konstitutiven Elemente sind insbesondere:

- die neue Qualität der Produktivkräfte und eine hohe Innovationsdynamik. Von besonderer Bedeutung sind dabei eine hochentwickelte technologische Basis, die zunehmend auf der umfassenden Digitalisierung einschließlich des Internets der Dinge beruht;
- die Herausbildung und umfassende Nutzung der neuen, auf der Vergesellschaftung des kapitalistischen Privateigentums beruhenden sozialistischen Eigentumsverhältnisse;
- eine den Forderungen nach »guter Arbeit«, darunter Entfaltung von Individualität und Mitbestimmung, entsprechende Arbeitsorganisation;

- ein tiefer und anhaltender sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft, der die Produktions- und Konsumtionssphäre sowie die Verteilung umfasst und auf die Herstellung und Bewahrung sozialer Gleichheit und Sicherheit sowie auf die nachhaltige Erhaltung der natürlichen Umwelt gerichtet ist;
- eine den Möglichkeiten sozialistischer Produktionsverhältnissen entsprechende Kooperation und Arbeitsteilung zwischen den wirtschaftenden Einheiten; eine wichtige Rolle kommt der Herausbildung rationeller und effizienter Wertschöpfungsketten im nationalen und internationalen Maßstab zu, die die regionalen Wirtschaftskreisläufe fördern;
- eine hohe Flexibilität der Produktion in Übereinstimmung mit den spezifischen und sich verändernden Kundenwünschen;
- ein Akkumulationsregime zur effektiven Gestaltung der betrieblichen und gesellschaftlichen Reproduktion, das auf einer hohen Eigenverantwortung der Unternehmen in Verbindung mit einer gesamtgesellschaftlichen Planung volkswirtschaftlich und strategisch wichtiger Aufgaben beruht;
- eine entwickelte Wirtschaftsdemokratie mit einer gesetzlich garantierten umfassenden Partizipation der Beschäftigten an betrieblichen und überbetrieblichen Entscheidungen inklusive der Verbesserung der sozialen und kulturellen Betreuung.

Die Herausbildung einer neuen, dem Sozialismus entsprechenden *Corporate Governance* der Unternehmen in öffentlichem Eigentum ist eins der wichtigsten Elemente der Entstehung der neuen gesellschaftlichen Produktions- und Betriebsweise. Auf ihrer Grundlage können wichtige Bedingungen geschaffen werden um in einem längeren Prozess den Kapitalismus im Niveau der Produktivität zu übertreffen. Dies »resultiert aus der höheren Autonomie und Selbstbestimmung der lebendigen Arbeit im Produktionsprozess; die modernen digitalisierten Produktivkräfte sowie die modernen Managementmethoden, die die größere Eigenverantwortlichkeit der Arbeitskräfte und die Reduzierung der Hierarchieebenen betonen, unterstützen diesen sozialistischen Imperativ der Aktivierung der subjektiven Potenzen der Produktivkräfte auch von der technischen Seite sowie der Füh-

rung und Leitung gesellschaftlich kooperierender Arbeitskräfte.« (Krüger 2017a: 515) Zu dieser neuen Corporate Governance gehören noch weitere Elemente:

1. die umfassende demokratische Diskussion der Aufgaben, die sich das Unternehmen für die nächste Zeit stellt bzw. die sich aus den vom Staat gestellten Ziele ergeben und eine kritische Erörterung der vergangenen Entwicklung;
2. die Art und Weise einer von der Konkurrenz weitgehend freien Kooperation der Unternehmen untereinander, die auch den Austausch nützlicher Erfahrungen einschließen sollte;
3. eine enge Zusammenarbeit mit regionalen Instanzen zur Förderung der regionalen Wertschöpfung und speziell regionaler Wirtschaftskreisläufe;
4. Regelungen, die es den Unternehmen gestatten, nach der Abführung von Steuern und Abgaben über den verbleibenden Gewinn für Investitionen und andere Aufgaben selbständig zu entscheiden;
5. ein System von Kontrollen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen durch Aufsichtsräte oder andere Instanzen, in die die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter einbezogen sind. Hierzu gehören auch staatliche Kontrollen und Kontrollen der Banken über die Verwendung von Krediten.

3.4 Demokratisierung der Gesellschaft

Bedingungen für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft und ihrer Entwicklung sind zu schaffen, zu sichern und weiter zu vervollkommen. Eng hiermit verflochten entstehen auch qualitativ neue Anforderungen an den Staat, der eine entscheidende Funktion bei der Leitung und Organisierung der Wirtschaft und der anderen Bereiche der Gesellschaft ausübt. Es gilt von vornherein, die für den Realsozialismus typische Dominanz und Macht einer Partei im Staat zu verhindern. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die staatliche Tätigkeit durch ihre Partizipation an der

Beratung und Entscheidung gesellschaftlich wichtiger Aufgaben sowie an der öffentlichen Kontrolle ihrer Umsetzung.

Die Forderung nach Demokratisierung und stärkerer Partizipation betrifft alle Ebenen, die Betriebe, Unternehmen und Kommunen als eigentliche Basis der Wirtschaft, der Arbeit und des Lebens der Menschen, die verschiedenen regionalen Einheiten innerhalb der Staaten (in Deutschland vor allem die Bundesländer), die gesamtgesellschaftliche, volkswirtschaftliche Ebene der Nationalstaaten, die mehrere Staaten umfassenden regionalen Zusammenschlüsse, wie die EU, sowie auch die globalen und weltwirtschaftlichen Beziehungen und Institutionen.

Eine entscheidende Rolle kommt den parlamentarischen Vertretungen auf den verschiedenen Ebenen und der Zivilgesellschaft mit ihren Organisationen und Zusammenschlüssen zu. Die Forderungen nach Demokratisierung sind unmittelbar und eng verflochten mit der Sicherung der Freiheits- und Bürgerrechte in der gesamten Gesellschaft. Der Erhöhung der Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft mit ihren sozialen Bewegungen, Parteien und institutionellen Zusammenschlüssen kommt bei der Demokratisierung, speziell für die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern, eine Schlüsselstellung zu.

Die Entwicklung des Staatssozialismus, sowohl in Europa bis zu seinem Scheitern, als auch in den existierenden Staaten mit sozialistischen Zielstellungen, China, Vietnam, Kuba, Venezuela, wurde und wird dadurch charakterisiert, dass die Freiheitsrechte und die demokratischen Möglichkeiten für die Menschen in Vielem hinter dem Citoyen-Status in entwickelten bürgerlichen Demokratien zurückgefallen sind. In ihnen ist eine hohe staatsfixierte Einbindung und Identitätsstiftung der Individuen charakteristisch, die sich mit starkem äußerem Druck verbindet.

Eine wirkliche Demokratisierung im gesellschaftlichen Maßstab schließt ein, dass solche Erscheinungen, insbesondere autoritärer Führungsstil, absoluter Wahrheitsanspruch der Führung, unbedingtes Festhalten an erworbenen Machtpositionen überwunden und in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft nicht erst praktiziert bzw. zugelassen werden.

Die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen erfordert eine enge Verbindung der Verantwortungsträger und der zentralen Institutionen mit der Basis, um rechtzeitig zu erkennen, welche Probleme unbedingt eine Lösung erfordern, welche Stimmungen und Meinungen in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen sind, und welche Konsequenzen sich daraus für Aufklärung und Beratungen mit den Betroffenen ergeben.

Eine sozialistische Betriebsweise hebt natürlich nicht die Notwendigkeit der Einzeleleitung der Produktionsprozesse auf. Die konkrete Gestaltung dieser Beziehungen zwischen demokratischer Partizipation und Einzeleleitung muss sich im Prozess der Wirtschafts- und Demokratieentwicklung herausbilden. Dabei werden Probleme und Widersprüche auftreten, die unter Nutzung vorliegender Erfahrungen gelöst werden können.

Es gilt weit mehr Zeit und Kraft dafür einzusetzen, die Vor- und Nachteile verschiedener Alternativen verständlich darzulegen und offen über die voraussichtlich auftretenden Probleme einschließlich möglicher negativer Wirkungen und Konflikte zu sprechen. Diese Art von Aufklärung und offener gemeinsamer Beratungen wurde in allen bisherigen sozialistischen Versuchen unterschätzt und vernachlässigt bzw. häufig nur in Form wenig überzeugender Agitation wahrgenommen. Die Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins der Menschen und ihre Bereitschaft, sich für die Ziele einer sozialistischen Entwicklung einzusetzen, wurden oft überschätzt. Demokratische Mehrheitsentscheidungen bei Volksbefragungen oder Volksentscheiden stimmen nicht automatisch und nicht immer mit den Erfordernissen gesellschaftlich fortschrittlicher Lösungen überein. Dafür gibt es in den letzten Jahren zahlreiche Beispiele wie die Mehrheitsentscheidung der Briten für den Brexit oder den Entscheid der Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner für den Weiterbetrieb des Flugplatzes Tegel. Bei Präsidentenwahlen oder Parlamentswahlen der jüngsten Zeit ist zu einem großen Teil eher die entgegengesetzte Tendenz, die Stärkung rechtspopulistischer und -extremer Kräfte und eine Schwächung der Linken offensichtlich. Darin zeigen sich natürlich auch die Probleme und Schwierigkei-

ten, die Akteure für eine progressive Politikwende und erst recht für eine sozialistische Transformation zu gewinnen.

Die umfassende Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnik des Internets erschließt neue Möglichkeiten für eine breite, demokratische Diskussion vorgesehener Maßnahmen, für das Einbringen eigener Vorschläge sowie für die kurzfristige Organisation zivilgesellschaftlicher Protest- und Unterstützungsaktionen. Diese Möglichkeiten werden auch in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft eine wichtige Funktion haben.

Die hier knapp charakterisierten Probleme machen deutlich, dass es sich hier um eine äußerst komplexe und komplizierte Frage handelt, deren Lösung wahrscheinlich eine längere Zeit intensiver Bemühungen und Auseinandersetzungen erfordern wird. Ihre Lösung ist auch deshalb so schwierig, weil sie mit der Unvollkommenheit der Menschen und ihren oft widersprüchlichen Charaktereigenschaften eng verbunden ist. Persönliche Macht beeinflusst – wie die Erfahrungen zeigen – oft den Charakter von Menschen in negativer Richtung. Deswegen muss sich eine offene, kulturvolle Diskussions- und Streitatmosphäre sowie die Bereitschaft und Fähigkeit entwickeln, sachliche und kameradschaftliche Kritik zu üben und diese, wenn sie berechtigt ist, auch zu akzeptieren.

In diesem Zusammenhang spielt die Staatsfrage eine entscheidende Rolle. Das zeigt sich auch in den vielfältigen oft erbittert geführten Auseinandersetzungen in der Geschichte der Linken über den Staat, seine Funktionen und seine Perspektive. Ohne hierauf ausführlich einzugehen, sollen hier einige komplexe und miteinander eng verflochtene Überlegungen angedeutet werden, in denen die qualitativ neue Rolle des Staates und seines Charakters zum Ausdruck kommen.

Der Staat bleibt für einen längeren Zeitraum der Herausbildung und Festigung einer sozialistischen Gesellschaft ein unverzichtbares Machtorgan. Dies betrifft seine inneren Funktionen zur Sicherung einer demokratischen Rechtsordnung und Erfüllung wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischer Ziele und

die äußeren Funktionen der Sicherung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten sowie die Herstellung gleichberechtigter internationaler Wirtschaftsbeziehungen, u.a. durch eine stabile, ökonomisch effektive und umweltpolitisch förderliche Arbeitsteilung und Kooperation.

Eine Grundfrage der weiteren Entwicklung des Staats im Sozialismus ist die weitere Klärung der Konsequenzen, die sich aus der Orientierung auf »die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigne lebendige Macht« (Marx 1968: 543) ergeben, von der Marx mit Blick auf die Erfahrungen der Pariser Kommune sprach. Dazu gehört eine Vielzahl möglicher Schritte und institutioneller Voraussetzungen: Übernahme bestimmter staatlicher Funktionen durch eine entwickelte und starke Zivilgesellschaft bzw. zivilgesellschaftliche Institutionen, Herausbildung eines Rätesystems zur Beratung und Entscheidung von Entwicklungsproblemen vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene, Ausbau der Selbständigkeit der wirtschaftenden Einheiten im Verhältnis zu den zentralen Machtorganen bis zu Formen der Arbeiterselbstverwaltung in Betrieben.

3.5 Ein qualitativ neues System der gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft und anderer Bereiche

Ein qualitativ neues System der Regulierung der Wirtschaft und der anderen gesellschaftlichen Bereiche ist herauszubilden, das sich der Regulierung im Kapitalismus als überlegen erweist.

Über den Inhalt einer Regulierung im Sozialismus und die daran zu stellenden Anforderungen wurde auch in der DDR und den anderen realsozialistischen Ländern diskutiert und gestritten. Mit Ausnahme der Zeit um die erste Hälfte der 1960er Jahre, als es um die Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖS) ging, wurden in der DDR kritische Diskussionen stark von der Zentrale der SED reglementiert und kontrolliert. Kritische Ökonomen wie Fritz Behrens, Arne Benary, Gunther Kohlmeier wurden wegen ihrer von den offiziel-

len Ansichten abweichenden Vorstellungen über die Funktionsweise einer sozialistischen Wirtschaft scharf kritisiert und häufig von ihren verantwortlichen Funktionen abberufen.

Als zum Beispiel Gunther Kohlmey 1968 im Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften einen Beitrag zur Frage »Planen als Regeln und Steuern« veröffentlichte, gab es bald nach dem Erscheinen eine harsche Kritik der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED an seinen Auffassungen. Die Kritik entzündete sich besonders an seiner aus der Kybernetik abgeleiteten und die Schwächen einer zentralistischen Steuerung der Wirtschaftseinheiten widerspiegelnden These: Es ist »nicht nur wirtschaftlich rationeller, sondern auch sozial vernünftiger, den Planungsmechanismus überwiegend als Regelung und nicht überwiegend als Steuerung zu konzipieren.« (Kohlmey 1968: 106) Darin wurde ein Angriff auf die zentrale Leitung der Wirtschaft durch die Partei- und Staatsführung gesehen.

Die Diskussionen um Planung und Marktregulierung setzten sich nach dem Untergang des Realsozialismus fort und sind noch lange nicht abgeschlossen. Im Vordergrund stehen dabei unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle und die Wirkungsgebiete der Marktregulierung auf der einen und die Regulierung auf Grundlage einer gesellschaftlichen Planung auf der anderen Seite und über die hierfür zu schaffenden institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen sowie anzuwendenden Instrumente und Methoden.

Nach allen vorliegenden Erfahrungen des Realsozialismus setzt eine erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eine qualitativ neue Regulierungsweise der Wirtschaft und anderer Bereiche der Gesellschaft voraus. Diese beruht auf einer Kombination und engen Verflechtung zwischen einer Steuerung und Regulierung der Wirtschaftsprozesse auf Grundlage der Planung mit einer marktwirtschaftlichen Regulierung. Eine solche Kombination setzt voraus, dass man die Vorteile beider Regulierungsweisen weitgehend zu nutzen und zugleich ihre jeweiligen Nachteile zu vermeiden bzw. so weit wie möglich ein-

zuschränken versucht (vgl. zu den Beziehungen zwischen Planung und Marktregulierung: Krüger 2016: Kapitel 11 und 18; Steinitz/Walter 2014: Kapitel 1).

Die Erfordernisse einer gesellschaftlichen Planung dürfen nicht auf die zentrale Planung begrenzt werden. Sie sollten als bewusste gesellschaftliche Regulierung von Entwicklungsprozessen und Verflechtungen durch das Zusammenwirken zentraler staatlicher Institutionen, wirtschaftlicher und anderer Institutionen und Organisationen in den regionalen Einheiten untereinander und vor allem mit den wirtschaftenden Einheiten verstanden werden. Im Vordergrund der gesellschaftlichen Planung steht die Wirtschaft, die Planung von wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen, Strukturen und Zusammenhängen.

Einen wichtigen Platz werden zwischenstaatliche Zusammenschlüsse und Organisationen, z.B. eine europäische Wirtschafts- und Sozialunion, und ihr Zusammenwirken mit den Mitgliedsländern einnehmen. Für deren Entwicklung auf neuer Grundlage könnte die Auswertung der widersprüchlichen Erfahrungen in solchen größeren Zusammenschlüssen von Ländern einer Region, wie der Europäischen Union (EU) und der europäischen Währungsunion (EWU), der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), des gemeinsamen Markts in Lateinamerika (Mercosur) sowie zur Zeit des Realsozialismus des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) von Nutzen sein.

Eine wirksame gesamtgesellschaftliche Regulierung/Planung der Wirtschaft muss sich darauf konzentrieren, die makroökonomischen, volkswirtschaftlichen Ziele, Zusammenhänge, Prozesse sowie wichtige Strukturveränderungen festzulegen. Damit diese Aufgaben realisiert werden, gilt es zu sichern, dass die dazu erforderlichen Ressourcen und anderen Bedingungen verfügbar sind und eingesetzt werden können. Dabei ist es zweckmäßig, zwischen Planaufgaben für kürzere Zeiträume (Jahrespläne und Fünfjahrespläne), die einen relativ verbindlichen Charakter haben sollten, und längerfristigen Plänen und Projekten für 10, 15 Jahre oder noch längere Zeiträume mit mehr orientierendem Charakter zu differenzieren.

Eine solche gesamtgesellschaftliche Planung, die die Bestimmung der Ziele und Aufgaben der gesellschaftlichen und dabei vor allem der ökonomischen Entwicklung, die Sicherung der dazu erforderlichen Ressourcen und die gesellschaftliche Kontrolle ihrer Realisierung umfasst, könnte in Analogie zur Corporate Governance als Kern einer *Macroeconomic State Governance* angesehen und entsprechend gestaltet werden. Dazu würden staatliche Institutionen zumindest für Planung, Statistik, Wirtschaft, Finanzen, Außenwirtschaft, und Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie demokratische und zivilgesellschaftliche Institutionen/Organisationen (Parlamente und parlamentarische Ausschüsse, Wirtschafts- und Sozialräte, Gewerkschaften, Sozialverbände, Umweltverbände) für die Ausarbeitung und Beratung der Pläne und für die gesellschaftliche Kontrolle und Bewertung der Ergebnisse ihrer Durchführung gehören. Eine wichtige Rolle in der Planung wird der Anwendung mathematischer Methoden und Instrumente zukommen, insbesondere von Modellen zur Erfassung und Gestaltung der vielfältigen Verflechtungsbeziehungen und damit auch zur Bestimmung des vollen Aufwands für die Elemente des volkswirtschaftlichen Endprodukts (Verflechtungsbilanzen) und zur Optimierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, darunter zum sparsamsten Einsatz der verfügbaren Ressourcen (Optimierungsmodelle).

Im Vordergrund der Planung steht die Bestimmung der Aufkommens-, Verteilungs- und Verwendungsproportionen der gesamten Wirtschaftsleistung (Wertschöpfung) der Volkswirtschaft einschließlich ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen, die für einen langfristig stabilen und effektiven Verlauf der gesellschaftlichen Reproduktion entscheidend sind.

Eine zentrale staatliche Regulierung der Entwicklung volkswirtschaftlicher *Aufkommensproportionen* sollte vor allem die Entwicklungsproportionen und Beziehungen zwischen dem produzierenden und dem Dienstleistungsbereich und innerhalb dieser beiden Bereiche umfassen. Im *produzierenden Bereich* betrifft dies in erster Linie die Entwicklungsproportionen der Produktion zwischen Industrie, Bauwesen, Landwirtschaft, Verkehr,

Kommunikation und Handel. Gegenstand einer zentralen Regulierung müssten ebenfalls Aufgaben einer strategischen Strukturpolitik und die Beziehungen zwischen Eigenaufkommen und Aufkommen durch Import sowie zwischen Gesamtaufkommen und Export sein. Im *Dienstleistungsbereich* sollte die zentrale staatliche Regulierung vor allem die Entwicklung der Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Bildung, Gesundheit, Betreuung von Kindern in Kitas, Pflege und Betreuung älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen einschließlich der dazu erforderlichen Infrastruktur umfassen.

Die Bestimmung der gesamtwirtschaftlichen *Verteilungs- und Verwendungsproportionen* spielt für die Entwicklung und Vervollkommenung der gesellschaftlichen Reproduktion eine entscheidende Rolle. Bei der Verwendung der Ergebnisse der gesellschaftlichen Reproduktion stehen die Beziehungen zwischen den großen Bereichen der Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – Konsumtion, Investitionen/Akkumulation und Export – und die Beziehungen innerhalb dieser Bereiche im Vordergrund. Bei der *Konsumtion* geht es vor allem um die Beziehungen zwischen individueller und gesellschaftlicher Konsumtion sowie um die Verteilung der für die Konsumtion bestimmten Einkommen auf Arbeitseinkommen und Sozialeinkommen als deren Finanzierungsbasis.

Die Größe der für die Konsumtion einsetzbaren Einkommen wird von der Entwicklung der Sparquote, den Zu- und Abgängen der Sparguthaben, beeinflusst. Beim Komplex *Investitionen/Akkumulation* stehen die Beziehungen zwischen Ersatz- und Nettoinvestitionen, zwischen Investitionen für die produzierenden Bereiche und die Bereiche der Dienstleistungen und öffentlichen Daseinsvorsorge, für die Infrastruktur sowie die Größe der Reservefonds im Vordergrund. Eng hiermit verflochten sind deren Finanzierung durch Gewinnverwendung, Aufnahme von Krediten und Zuweisungen von Haushaltsmitteln des Staates bzw. der Bundesländer und Kommunen. Bei den *Exporten* geht es um die Leistungs- und Warenstrukturen, um die Länderstrukturen sowie um die entsprechenden Beziehungen zu den Importen. Hier

geht es auch um die Einflussnahme auf Export- oder Importüberschüsse, deren Größe und Entwicklung.

Eine wichtige Funktion für die gesellschaftliche Regulierung der genannten Aufkommens-, Verteilungs- und Verwendungsproportionen kommt den *Geld- und Finanzbeziehungen* und ihren Institutionen zu. Über das Geld werden die quantitativen Größen der verschiedenen ökonomischen Kategorien und die darauf beruhenden Zusammenhänge in Preisen ausgedrückt und dadurch vergleichbar gemacht. So können mithilfe des Geldes und seiner Funktionen und der finanziellen Beziehungen die Übereinstimmung zwischen Angebot an Gütern und Dienstleistungen und der Nachfrage danach erfasst und analysiert sowie bei Disproportionen entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, um sie zu beheben. Auch bei der Gestaltung der anderen Elemente des Reproduktionsprozesses wird dem Geld und den finanziellen Beziehungen in der sozialistischen Gesellschaft eine unverzichtbarere Funktion zukommen.

Ein notwendiger Bestandteil der volkswirtschaftlichen Planung ist die Planung der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Einige hiermit verbundene Probleme werden im Kapitel 3.6 (Leistungsfähiges und sozial gerechtes Steuer- und Abgabensystem) behandelt.

Die marktwirtschaftliche Regulierung müsste für das Erreichen einer hohen Flexibilität des Reproduktionsprozesses, ein rasches Reagieren der Unternehmen auf Veränderungen der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und auf Innovationserfordernisse zur Umsetzung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse genutzt werden. Bei einer Regulierung auf Grundlage des Markts stehen insbesondere die Steuerung der einzelwirtschaftlichen Prozesse der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen, die Allokation der dazu erforderlichen Ressourcen sowie die Preisbildung mit ihren Signalwirkungen im Vordergrund.

Mit der gesellschaftlichen Regulierung/Planung wird angestrebt, die modernsten und am besten geeigneten Instrumente und Modelle zu nutzen, um die gesamtwirtschaftlichen sowie

strukturellen und strategischen Ziele und konkreten Aufgaben auf den verschiedenen Gebieten qualifiziert auszuarbeiten, in einem demokratischen Prozess zu entscheiden und zielstrebig zu verwirklichen. Institutionen und Instrumente einer solchen Planung könnten sein (vgl. Krüger 2017b: 19f.):

- Öffentliche Beteiligungsgesellschaften für eine zeitweilige Beteiligung an Unternehmen zur direkten Umsetzung strukturpolitischer Ziele;
- Kreditinstitute mit wirtschaftspolitischen Aufgaben, vor allem: Kreditvergabe mit strukturpolitischen Auflagen;
- Öffentliche Management-Agenturen auf verschiedenen Ebenen zur Förderung von Clusterbildungen in Wirtschaftsregionen, Entwicklungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Innovations-Management- und Sanierungs-Management-Gesellschaften zur Begleitung und Steuerung von Sanierungs- und Konversionsprozessen sowie zur Ansiedlung vorhandener und Gründung neuer Vorhaben;
- Verschiedene Formen der staatlichen Beteiligung an privaten Unternehmen und der öffentlichen Einflussnahme auf deren Entwicklung. Hierfür könnte die Auswertung der bereits erwähnten positiven Erfahrungen der staatlichen Beteiligung an Privatbetrieben in der DDR von Nutzen sein. Die Kooperation zwischen öffentlichen Institutionen und privaten Unternehmen, die Bereitstellung öffentlicher Mittel und die Kontrolle über deren Verwendung im öffentlichen Interesse müsste sich von der gegenwärtig in Deutschland praktizierten Form Public-Private-Partnership (ppp) mit ihren für die öffentliche Hand häufig negativen Ergebnissen grundsätzlich unterscheiden;
- Geldpolitik der Zentralbank: Abstimmung mit Struktur- und Wirtschaftspolitik;
- Verbindung der Geld- und Fiskalpolitik des Staates mit den anderen Makro-Politiken;
- Enge Verflechtung der angeführten verschiedenen Institutionen und Instrumenten mit erweiterten und neuen Methoden demokratischer Willensbildung und Einflussnahme. Eine wichtige Rolle kommt den parlamentarischen Beratungen und

Entscheidungen zu den grundlegenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozessen der gesellschaftlichen Reproduktion und den darin eingeschlossenen Proportionen und Verflechtungen zu. Hierin sollten auch Entscheidungen zu strategischen Leitbildern der Struktur- und Innovationspolitik sowie der damit verflochtenen Politik des sozial-ökologischen Umbaus eingeschlossen werden. Diese Entscheidungen erhalten Gesetzeskraft und sollten durch sektorale Förderschwerpunkte ergänzt werden. Auf regionaler Ebene – der Bundesländer, regionaler Komplexe und der Kommunen – würde auf dieser Grundlage eine regionale Konkretisierung dieser Proportionen und der Leitbilder erfolgen. Hierfür wäre die Bildung der bereits erwähnten Wirtschafts- und Sozialräte auf den verschiedenen Ebenen und zu ausgewählten Schwerpunkten der Struktur- und Umweltpolitik zweckmäßig. In diese demokratischen Gremien würden Vertreter der Unternehmen (Manager), der Beschäftigten (Gewerkschaftsvertreter) sowie von Interessengruppen (z.B. Vertreter von Umweltverbänden, von Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen u.a.) entsandt werden. Eine erweiterte reale Mitbestimmung der Beschäftigten auf der Betriebs- und Unternehmensebene ist dafür entscheidend, dass die gesamtwirtschaftlichen und regionalen Ziele weitgehend demokratisch untersetzt und umgesetzt werden;

- Supranationale Institutionen und Gremien der EU und der EWU oder Zusammenschlüsse in anderen Weltregionen werden bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen und bei der Durchsetzung einer in Grundzügen gemeinsamen Sozial-, Steuer- und Abgabenpolitik und bei der Verringerung und schließlich Überwindung größerer Entwicklungsunterschiede zwischen den Ländern und Regionen zunehmend eine Rolle spielen. Dabei könnten die schon bestehenden Institutionen, wie das Europaparlament, die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank⁹ und noch zu schaffende Gremien

⁹ Ich gehe hier von den vorhandenen Institutionen aus, da nicht vorherzusehen ist, inwieweit diese im Verlauf sozialistischer Transforma-

sowie deren ausreichende finanzielle Ausstattung eine wichtige Funktion ausüben. Auch hier ist die Demokratisierung der Entscheidungsprozeduren unverzichtbar.

Da es sich bei der Planung und der Marktregulierung um grundsätzlich unterschiedliche Regulierungs- und Steuerungsarten mit spezifischen, zugleich komplexen und widersprüchlichen Wirkungen handelt, ist die Realisierung der Herausforderung, eine stabile und effiziente Regulierung in einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen, an weitere Voraussetzungen gebunden. So ist es notwendig, ein Gesamtkonzept auszuarbeiten, das die jeweils vorrangigen Anwendungs- und Wirkungsbereiche der beiden Regulierungsarten, deren Beziehungen zueinander und ihr Zusammenwirken enthält. Dafür könnten wichtige Erkenntnisse aus einer gründlichen Analyse und Auswertung der Erfahrungen der staatlichen Regulierung auf der Grundlage unterschiedlicher Konzepte, insbesondere des sowjetischen Modells einer zentralistischen Planwirtschaft, des jugoslawischen Modells der Selbstverwaltung und des in China angewandten Entwicklungsmodells gewonnen werden

Dies wird jedoch nicht ausreichen. Es ist wichtig, dass die praktischen Erfahrungen, die bei einer zukünftigen sozialistischen Entwicklung hinsichtlich der konkreten Umsetzung und Verbindung der beiden Regulierungsarten gewonnen werden, stets gründlich analysiert werden. So kann man dazu beitragen, Fehlentwicklungen und Defizite möglichst frühzeitig aufzudecken und notwendige Konsequenzen für erforderliche Veränderungen, darunter auch Korrekturen im Regulierungsmechanismus, zu ziehen. Dabei werden voraussichtlich öfter Konflikte entstehen, die sich aus unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen sowie auch aus verschiedenen Sichtweisen auf die zweckmäßigsten Wege zur Problemlösung ergeben. Die Konflikte können grundsätzlich nicht durch administrative und autoritäre Entscheidungen gelöst werden, sondern erfordern die offene Erörterung

tionsprozesse weiter bestehen bleiben oder neue an deren Stelle getreten sind.

der damit verbundenen Probleme, um mehrheitsfähige Entscheidungen demokratisch treffen zu können. Wie schwierig das sein wird, zeigen die widersprüchlichen Erfahrungen der europäischen staatssozialistischen Länder in den Zeiten der Wirtschaftsreformen in den 1960er und 1970er Jahren, die überwiegend mit einem Scheitern der vorgesehenen Reformen endeten. Die Problematik notwendiger marktwirtschaftlicher Reformen wird auch in der Entwicklung in China, Vietnam und Kuba sichtbar, u.a. in einer Zunahme privater Bereicherung und einer Stärkung kapitalistischer Tendenzen. Die Entwicklung in China ist, wie im Kapitel 1 bereits hervorgehoben wurde, zugleich mit beeindruckenden wirtschaftlichen und sozialen Erfolgen verbunden.

Für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Planung und der Marktregulierung kann die von Polanyi analysierte Doppelbewegung der »fiktiven« Waren Arbeit, Grund und Boden und Geld wichtige Anhaltspunkte geben. (Polanyi 1978: 106-112) Je nach der Stärke sozialer Bewegungen und ihrem Einfluss auf die staatliche Politik wird die kapitalistische Entwicklung durch zwei entgegengesetzte Tendenzen bestimmt: eine Tendenz zur sozialen »Einbettung« dieser »fiktiven« Waren und die entgegengesetzte Tendenz ihrer sozialen »Entbettung«, die im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus dominiert. Die Herausforderung für den Sozialismus besteht darin, die soziale »Einbettung« oder gesellschaftliche Planung/Regulierung der auf diesen »fiktiven« Waren beruhenden Beziehungen konsequent durchzusetzen, und damit ihren Warencharakter grundsätzlich aufzuheben, und dies auch auf einige andere Bereiche und Beziehungen auszudehnen. Eine solche notwendige Erweiterung betrifft den Komplex der öffentlichen Güter oder Commons, die für die Daseinsvorsorge und damit für soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger entscheidend sind.

Sie betrifft auch die natürliche Umwelt im umfassenden Sinn. Für die Verhinderung einer Klimakatastrophe, darunter für die dazu erforderliche Energiewende, ist es unerlässlich, eine langfristige strategische staatliche Regulierung mit einer ökonomisch

wirksamen und sozial gerechten Anwendung von Marktkategorien zu verbinden.

Der Zusammenhang zwischen dem Markt und anderen entscheidenden Bereichen oder Sphären der gesellschaftlichen Entwicklung könnte anhand eines Ausspruchs der Bundeskanzlerin deutlich gemacht werden. Angela Merkel sagte in einer Rede, wir werden »Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist«. Oder etwas verkürzt: wir brauchen eine »marktkonforme Demokratie«. Im Sozialismus sollte im Gegensatz hierzu angestrebt werden, die *Marktwirtschaft* so weit wie möglich *demokratie-, sozial- und ökologiekonform zu gestalten*.

Auf die Frage, welcher Regulierungsweise im Sozialismus das Primat zukommt, ist eine allgemeingültige Entscheidung für eine von beiden problematisch. Insgesamt kann jedoch davon ausgegangen werden, dass in der Produktion und Bereitstellung von Waren – Gütern und Dienstleistungen, die nicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören – die Marktvermittlung auf Grundlage dezentraler Entscheidungen der Unternehmen über ihr Produktionsprofil und die Anwendung von Innovationen die dominierende Allokationsform sein wird. Das bedeutet, dass bei der Regulierung der konkreten Vorgänge von Produktion und Verteilung der Waren sowie bei der Allokation der hierfür erforderlichen Ressourcen den Marktprozessen das Primat zukommt. In einer sozialistischen Gesellschaft sollte die Regulierung gesamtwirtschaftlicher Prozesse der ökonomischen Entwicklung, also die Regulierung der strategischen Strukturpolitik, der Entwicklung der Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, des sozial-ökologischen Umbaus sowie der Geld- und Finanzbeziehungen auf dem Primat einer gesellschaftlichen Regulierung/Planung beruhen.

Die Marktverhältnisse selbst unterliegen jedoch einer makroökonomischen Steuerung (Krüger). Die gesellschaftliche bzw. staatliche Regulierung setzt Rahmenbedingungen, unter denen sich die marktwirtschaftlichen Prozesse vollziehen, u.a. durch gesetzliche Festlegung der Höhe der Steuern und Abgaben, die

Festlegung von Spannen für die Preisentwicklung, z.B. für Wohnungsmieten, Energiepreise, gesetzliche Regelung der Arbeitszeiten, Einführung von Mindestlöhnen. Diese staatliche Einflussnahme wird sich unter sozialistischen Bedingungen wesentlich verstärken. Die Entwicklung der Löhne, der Arbeitszeiten, der kulturellen und sozialen Betreuung der Beschäftigten in den Betrieben und Unternehmen in öffentlichem Eigentum werden einen beträchtlichen Einfluss auf die Privatwirtschaft ausüben. Sie erfüllen im Sinne von Polanyi eine wichtige Funktion bei der sozialen »Einbettung« von Marktprozessen.

3.6 Ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Steuer- und Abgabensystem¹⁰

Ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Steuer- und Abgabensystem ist zu gestalten, das die erforderlichen Einnahmen der öffentlichen Haushalte gewährleistet, um die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben der sozialen Sicherheit, des sozial-ökologischen Umbaus, der strategischen Strukturpolitik, der internationalistischen Entwicklungshilfe und weiterer Erfordernisse zu sichern.

Je nach Ausmaß und Tiefe der systemischen Beschädigung der gesellschaftlichen Reproduktion in den kapitalistischen Ländern und Regionen werden die in einer sozialistischen Transformation zu überwindenden Schwierigkeiten bei der Schaffung eines solchen leistungsfähigen Steuer- und Abgabensystems und die hierfür erforderliche Zeit zwischen den Ländern beträchtliche Unter-

¹⁰ Hier werden die in der Ökonomie üblichen Kategorien Steuern und Abgaben auch für die Charakterisierung der qualitativ neuen finanziellen Beziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten, die sich im öffentlichen Eigentum befinden und die einen beträchtlichen Teil ihres Gewinns abführen, und den öffentlichen Haushalten angewendet. Es könnte sinnvoll sein, die Frage zu erörtern, ob es nicht zur Charakterisierung der neuen Qualität dieser finanziellen Beziehungen zweckmäßig wäre, hierfür auch andere ökonomische Kategorien und Begriffe zu finden.

schiede aufweisen. Insgesamt geht es darum, kontinuierlich für die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen zu sorgen, um die Aufgaben auf den verschiedenen Ebenen, von den Betrieben und Kommunen bis zur Europäischen Union, den Vereinten Nationen und anderen internationalen Zusammenschlüssen, die den Interessen der Weltgemeinschaft dienen, zu erfüllen. Dabei kommt der Bereitstellung der finanziellen Mittel insbesondere für folgende Aufgaben eine herausragende Rolle zu:

- Die soziale Sicherheit für alle Teile der Bevölkerung in allen Lebensphasen und in allen Lebenssituationen zu gewährleisten, die soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit, insbesondere in der Bildung, gesundheitlichen Betreuung und Pflege zu überwinden sowie den Menschen die Ängste vor einer ungewissen Zukunft zu nehmen.
- Die Investitions- und Innovationstätigkeit der Betriebe in öffentlichem Eigentum zu sichern. Das geschieht einmal durch die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine stabile Verfügung der Betriebe und Unternehmen über einen größeren Teil des erwirtschafteten Gewinns (Eigenerwirtschaftung der Investitionen) gewährleisten. Zum anderen erfolgt dies durch die öffentliche Finanzierung von Investitionen, die im gesellschaftlichen Interesse liegen und die die Möglichkeiten der Eigenerwirtschaftung übersteigen, über direkte finanzieller Zuweisungen der öffentlichen Haushalte sowie durch Staats- und Bankkredite.
- Die Bedingungen zu schaffen, damit die Kommunen, Kreise und Bundesländer ihre Aufgaben erfüllen können. Dazu sollten u.a. auf dem Wege finanzieller Ausgleichs – weiterentwickelte Formen des Länderfinanzausgleichs, differenzierte staatliche Zuschüsse an Bundesländer und regionale Schwerpunkte bzw. der Länder an Kreise und Kommunen – die Auswirkungen der zwischen ihnen noch vorhandenen unterschiedlichen finanziellen Voraussetzungen für gleichwertige Lebensbedingungen weiter verringert und möglichst eingeebnet werden.
- Den EU-Haushalt zu vergrößern, also bessere Bedingungen zu schaffen, um die Entwicklungsunterschiede zwischen den

Mitgliedsländern der EU zielgerichtet zu verringern und zu überwinden sowie Länder, die in besondere finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, für eine festzulegende Zeit zu unterstützen.

- Die zur Unterstützung der ökonomisch schwach entwickelten Länder – vor allem in Afrika, Süd-Ost-Asien und Lateinamerika – vorgesehene Entwicklungshilfe substanziell zu erhöhen. Damit sollen die gewaltigen Unterschiede in den Pro-Kopf-Einkommen und den Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit verringert, die Durchführung der notwendigen Maßnahmen für den Klima- und Umweltschutz unterstützt sowie auch wirksam zur langfristigen Bekämpfung von Fluchtursachen beigetragen werden.

Die folgenden Überlegungen gehen vor allem von den gegenwärtigen destruktiven Störungen der gesellschaftlichen Reproduktion, zunehmender sozialer Unsicherheit, großen Rückständen bei den öffentlichen Investitionen für die Bereiche der sozialen und technischen Infrastruktur und für den sozial-ökologischen Umbau aus. Sie sollen dazu beitragen, diese Probleme zu entschärfen, insbesondere die soziale Sicherheit wesentlich zu verbessern und die Basis für notwendige Zukunftsinvestitionen zu erweitern. Sie enthalten auch Anregungen und Orientierungen für die Zukunft:

- Die Gesamthöhe der Steuern und Abgaben sollte entsprechend den Berechnungen zur Höhe der notwendigen Ausgaben und zu deren Entwicklung für das jeweilige Folgejahr und einen Zeitraum etwa der fünf folgenden Jahre als Orientierungsgröße festgelegt werden.
- Die verschiedenen Arten der Unternehmenssteuern für private Unternehmen werden auf Grundlage progressiver Sätze entsprechend den erzielten Gewinnen einheitlich festgelegt. Die Einkommen aus Kapitalerträgen werden nicht mehr wie gegenwärtig nach einem einheitlichen Satz der Abgeltungssteuer (25%), sondern entsprechend dem für das jeweilige Einkommen gültigen Satz der Einkommenssteuer erhoben.
- Die Höhe der Abführungen öffentlicher Unternehmen sollte zur Sicherung einer höheren Selbständigkeit und Eigenverant-

wortung der Unternehmen und Betriebe unter Berücksichtigung einer weitgehenden Eigenfinanzierung der erforderlichen Investitionen zur Erhaltung, Modernisierung und Erweiterung des Anlagevermögens, für einen bestimmten Zeitraum (etwa fünf Jahre) festgelegt werden.

- Zur Sicherung der erforderlichen Einnahmen der öffentlichen Haushalte sowie zur sozialen Umverteilung sollte die Erhöhung des Steuerfreibetrages für geringe Einkommen mit einem progressiv steigenden Grenzsteuersatz auf über 50% des Einkommens verbunden werden. Für Vermögen sollte ab einer bestimmten Höhe eine progressive Vermögenssteuer und für Erbschaften analog eine progressive Erbschaftssteuer erhoben werden.
- Für die Abführung von Sozialbeiträgen wird generell für alle Arten von einer gleichen prozentualen Beteiligung der Beschäftigten und der Unternehmen ausgegangen. Es wird eine allgemeine Bürgerversicherung eingeführt, in die alle Erwerbspersonen und auch Bezieher von Vermögenseinkommen (aus Gewinnen und Kapitalerträgen) einbezogen werden. Die Sozialabgaben werden proportional zur Einkommenshöhe ohne eine Beitragsbemessungsgrenze erhoben.

Die Übereinstimmung zwischen den finanziellen Verpflichtungen und den Haushaltseinnahmen lässt sich nicht durch einfache Dekrete oder administrative Maßnahmen herstellen. Sie setzt eine effiziente Wirtschaftsentwicklung mit einem stabilen Zuwachs des Mehrprodukts durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Senkung des Verbrauchs an materiellen Ressourcen und die Verbesserung der Gebrauchswerte der Güter und Dienstleistungen voraus. Im Vergleich zu den meisten anderen Herausforderungen wird hier eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Aufgaben, die in einer sozialistischen Transformation und in einer sozialistischen Gesellschaft zu lösen sind mit den aktuellen linken Reformvorstellungen im Kapitalismus deutlich.

In einer sozialistischen Gesellschaft kommt den Abführungen – Steuern und Abgaben – der Unternehmen und Betriebe in öffentlichem Eigentum an den Staat (einschließlich der Abführun-

gen an Länder und Kommunen) und an die Institutionen der Sozialversicherung die entscheidende Rolle für die Sicherung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte zu. Die Höhe dieser Einnahmen ist abhängig einerseits von der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft, insbesondere von der Effizienz des Reproduktionsprozesses und der darauf beruhenden Entwicklung des Mehrprodukts bzw. Gewinns, und andererseits von den Relationen zwischen dem abzuführenden Teil des Gewinns und dem in den Unternehmen und Betrieben im öffentlichen Eigentum verbleibenden Teil des Gewinns. Die Rentabilität und die Rentabilitätsrate, ihre Höhe und Entwicklung, in einer sozialistischen Gesellschaft spielen deshalb eine entscheidende Rolle. Ein ausreichender in den Unternehmen und Betrieben verbleibender Gewinnanteil ist eine unverzichtbare Bedingung dafür, dass diese ihre Funktion als selbständig wirtschaftende Einheiten mit hoher ökonomischer Eigenverantwortung und eigenen ökonomischen Interessen wahrnehmen können. Dieser Gewinnanteil sollte möglichst langfristig als Orientierungsgröße für die wirtschaftenden Einheiten festgelegt werden. Sie könnte ein wesentliches Element der Eigenerwirtschaftung der Investitionen und eines wirksamen ökonomischen Interesses der Belegschaften und des Managements an guten Ergebnissen ihrer Wirtschaftstätigkeit sein.

Nach Angaben des letzten Statistischen Jahrbuchs der DDR aus dem Jahr 1990 mussten die Unternehmen in öffentlichem Eigentum den weitaus größten Teil der Gesamteinnahmen des Staates tragen. 1989 betrugen die Gesamteinnahmen des Staates rund 270 Mrd. Mark, darunter die Einnahmen aus den Abführungen der staatlichen Kombinate und Betriebe rund 200 Mrd. Mark (mehr als 70 Prozent der Gesamteinnahmen). Um die Probleme bei der Entwicklung von Umfang und der Struktur der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in einer sozialistischen Gesellschaft grob skizzieren zu können, ist es zweckmäßig, einen kurzen Blick auf diese Beziehungen im gegenwärtigen kapitalistischen Deutschland zu werfen.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts betrug der Anteil der Gesamteinnahmen der öffentlichen Haushalte am BIP

im Verlaufe der letzten zehn Jahre in Deutschland rund 44 Prozent. Die Schwankungsbreite dieses Anteils zwischen den einzelnen Jahren lag in diesem Zeitraum bei knapp zwei Prozentpunkten. Die Staatsquote, die das Verhältnis der Gesamtausgaben des Staates und der Sozialversicherung am BIP ausdrückt, wies die gleiche Größenordnung auf. Die Abweichungen in den einzelnen Jahren von den Durchschnittswerten sind zwischen den Einnahmen und den Ausgaben meist entgegengesetzt, da zu Krisenzeiten die Ausgaben für soziale Sicherung, insbesondere für die Arbeitslosigkeit, ansteigen, während die Einnahmen besonders aus Unternehmenssteuern zurückgehen, während in Zeiten des Aufschwungs die Steuern ansteigen und die finanziellen Belastungen durch Arbeitslosigkeit in der Regel rückläufig sind.

Die Anteile der Staatseinnahmen am BIP und die Staatsquote waren in der DDR stets beträchtlich höher als in der damaligen BRD und im heutigen Deutschland.

Für eine zukünftige sozialistische Gesellschaft könnte u.a. von folgenden Überlegungen ausgegangen werden: Die wichtigste Einnahmequelle der öffentlichen Haushalte müsste aus den Abführungen der Unternehmen und Betriebe in öffentlichem Eigentum erfolgen. Höhe und Anteile dieser Einnahmen sind vor allem vom Anteil dieses öffentlichen Sektors an der gesamten Wirtschaftsleistung, von der Höhe der hier erwirtschafteten Gewinne oder der erzielten Rentabilitätsraten und von der Aufteilungsrelation des erwirtschafteten Gewinns zwischen Staat und Unternehmen/Betrieb abhängig. Diese Aufteilung wird bestimmt von den Finanzierungserfordernissen des Staates und den zu sichernden Bedingungen, den Hauptteil der normalen Investitionen aus dem den Betrieben verbleibenden Gewinn zu finanzieren. Je günstiger sich die Rentabilitätsrate entwickelt, desto besser kann beiden Erfordernissen Rechnung getragen werden.

Insgesamt werden die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben bei vergleichbaren Größenordnungen der gesamten Wirtschaftsleistung und der Gewinne in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft voraussichtlich höher sein als im gegenwärtigen Kapitalismus. Die Einnahmen können vor allem deshalb höher sein,

weil der gewaltige Umfang der privaten Aneignung der Ergebnisse fremder Arbeit im Interesse der Anhäufung riesiger privater Vermögen durch das Groß- und Finanzkapital und Spitzenmanager, die nicht für investive Zwecke sowie sozial und ökologisch sinnvolle Aufgaben eingesetzt werden, im Sozialismus entfällt. Bei vergleichbarer Gewinnhöhe kann daher ein wesentlich größerer Teil des erwirtschafteten Gewinns für gesamtgesellschaftliche, Länder- und kommunale Aufgaben – für öffentliche Investitionen sowie für soziale und ökologische Zwecke – eingesetzt werden, ohne die Entwicklung der Betriebe und Unternehmen zu beeinträchtigen. Die relativ höheren Einnahmen der öffentlichen Haushalte sind auch notwendig, weil der Staat bzw. andere gesamtgesellschaftliche, regionale und kommunale Organe im Sozialismus umfassendere Verantwortung für die Realisierung strategisch wichtiger volkswirtschaftlicher Aufgaben der Strukturentwicklung und des sozial-ökologischen Umbaus und gleichzeitig größere Finanzierungsaufgaben für Bildung, Gesundheit, Pflege, Infrastruktur wahrnehmen, um soziale Gleichheit und ein menschenwürdiges Leben für alle Mitglieder der Gesellschaft in allen Lebensphasen zu ermöglichen. Hierzu gehört auch die Bereitstellung umfangreicherer Mittel für die Kommunen in Übereinstimmung mit ihrer größeren lebensnahen Verantwortung in einer sozialistischen Gesellschaft.

3.7 Freie Entwicklung von Individualität und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Die notwendigen Bedingungen für die Entwicklung aller Individuen, für die Herausbildung und freie Entfaltung ihrer Anlagen und Fähigkeiten in der Arbeit und in allen Lebensbereichen sowie insgesamt für eine neue Qualität und Struktur in der Nutzung der Lebenszeit sind zu schaffen. Dabei geht es gleichzeitig darum, die Entwicklung der Individualität mit der Herausbildung engerer, insbesondere solidarischer Beziehungen zwischen den Individuen untereinander sowie zwischen ihnen, ihren Kol-

lektiven und der ganzen Gesellschaft zu verbinden. Solidarische und von gegenseitiger Achtung bestimmte Beziehungen sollen nicht nur zwischen den Menschen verschiedener sozialer Schichten, Ethnien, religiöser Glaubensrichtungen und sexueller Orientierungen im Rahmen eines Staates angestrebt werden, sondern auch zwischen den Menschen verschiedener Staaten, eines Staatenverbunds und im globalen Maßstab.

Diese Herausforderung beruht auf dem im Kommunistischen Manifest entwickelten Grundgedanken für die neue Gesellschaft als einer »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. (Marx/Engels 1959: 482)

Solche Beziehungen werden sich in ihren Wechselwirkungen positiv sowohl auf die Individuen als auch auf die Kollektive auswirken. Die Umsetzung einer solchen Forderung ist daran gebunden, die hierfür notwendigen vielfältigen Voraussetzungen in einem längeren Entwicklungsprozess zu schaffen. Brie und Spehr werfen die Frage auf: »Wie aber muss Gesellschaft verändert werden, dass eine freie Entwicklung der Individuen tatsächlich zur solidarischen Entwicklung aller beiträgt, und diese wiederum individuelle Freiheit fördert – dies ist die Grundfrage jedes Sozialismus. An dem Wie scheiden sich immer aufs Neue die Geister und politischen Kräfte.« (Brie/Spehr 2008: 30)

Die entscheidende Voraussetzung hierfür ist die Überwindung der bestimmenden Rolle des Profits als wichtigstes Kriterium für wirtschaftliche und weitgehend auch für soziale und umweltpolitische Entscheidungen. Es geht darum, der Ökonomie der Zeit in einer neuen Qualität und Wirksamkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Das reicht jedoch nicht. Weitere Bedingungen sind zielstrebig zu schaffen. Dazu gehören gleiche Bildungschancen für alle Heranwachsenden, vielfältige Möglichkeiten für eine ständige Weiterbildung, ein breites Angebot an Kultur und Kunst sowie Bemühungen, die kulturellen Interessen stärker zu fördern. Eine herausragende Rolle wird der stetigen Verbesserung der Bedingungen für »gute Arbeit« zukommen, u.a. indem der Anteil interessanter Tätigkeiten zunimmt, die die vorhandenen vielfäl-

tigen Fähigkeiten und Anlagen der Menschen nutzen, und die dazu beitragen, sie weiter auszuprägen und neue entstehen zu lassen. Dabei kommt der Verkürzung der Arbeitszeit und der damit verbundenen Vergrößerung und besseren Nutzung freier Zeit eine entscheidende Rolle zu. Darin ist die Aufgabe eingeschlossen, die Möglichkeiten und Räume zu erweitern, die den Menschen zur Verfügung stehen, um ihren unterschiedlichen Interessen nachgehen zu können.

Hierfür werden die mit der *Digitalisierung* verbundenen neuen Möglichkeiten sowohl in der Arbeit als auch in der freien Zeit eine wichtige Rolle spielen. Eine entscheidende Bedingung für eine neue Qualität in der Individualitätsentwicklung sind Veränderungen in der Art und Weise und in der Struktur der Nutzung der Lebenszeit der Menschen. Dabei können nach Frigga Haug vier Bereiche hervorgehoben werden:

1. Erwerbsarbeit,
2. soziale Reproduktionsarbeit (Tätigkeit im Haushalt, in der Betreuung und Erziehung der Kinder, in der Pflege u.a.),
3. Freizeit, Bildung, Kultur und Muße sowie
4. gesellschaftliches Engagement, die in einer neuen Qualität miteinander verbunden sind (vgl. Haug 2008).

Hier liegt ein wichtiges Ziel einer zukunftsorientierten und die Lebensqualität verbessernden Nutzung der Lebenszeit der Menschen. Sie bietet neue Perspektiven sowohl für Frauen in Richtung ihrer Gleichstellung als auch insgesamt für alle Menschen.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch den technischen Fortschritt, dabei speziell der qualitativ neuen Potenziale der Digitalisierung, schafft neue Möglichkeiten für die Senkung der Erwerbsarbeitszeit, die unter sozialistischen Bedingungen auch konsequent genutzt werden können. Die Herausbildung eines hierauf beruhenden *neuen Zeitregimes* kann sich in mehrfacher Beziehung positiv auf die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft auswirken: auf die Gleichstellung der Geschlechter, die Erweiterung der Möglichkeiten zur Entfaltung der Individualität aller Menschen durch die größere Freizeit und günstigeren Bedingungen ihrer Nutzung für Bildung und Kultur sowie

die besseren Voraussetzungen für eine demokratische und aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines stärkeren zivilgesellschaftlichen Engagements zur Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Die Entwicklung solidarischer Beziehungen zwischen den Menschen, die auf Gleichberechtigung, gegenseitiger Akzeptanz und der Bereitschaft zur Hilfe und Unterstützung beruhen, gehört zu den wichtigsten Bedingungen für ein glückliches und zufriedenes Leben. Soweit die einzelnen Individuen durch gemeinsame Interessen verbunden sind, können sich solche Beziehungen relativ reibungslos entwickeln. Schwierigkeiten und Probleme werden vor allem dann auftreten, wenn Handeln und Verhaltensweisen der Individuen durch unterschiedliche oder einander widersprechende Interessen mehr oder weniger stark beeinflusst werden.

Die Herausbildung eines festen gesellschaftlichen Zusammenhalts der Menschen gehört in einer sozialistischen Gesellschaft zu den wichtigsten Bedingungen, um auch die anderen Herausforderungen zu verwirklichen. Er ist vor allem daran gebunden, dass es gelingt, die dem Wesen des Kapitalismus entspringenden antagonistischen Interessengegensätze zwischen den Kapitaleigentümern und den abhängig Arbeitenden, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, sowie die darauf beruhende soziale Spaltung der Gesellschaft durch die Überwindung der Dominanz des Kapitaleigentums aufzuheben.¹¹

Im Zusammenhang mit der großen Zahl von Geflüchteten nehmen gegenwärtig ausländerfeindliche und nationalistische Auf-

¹¹ Im Januar 2018 veröffentlichte Oxfam einen Bericht zur zunehmenden Ungleichverteilung von Vermögen. Danach besitzen 42 Milliarden so viel Vermögen wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Diese 3,7 Milliarden Menschen haben im letzten Jahr überhaupt nicht am Vermögenszuwachs teilgenommen, sodass sich der Graben zwischen den Reichen und den Armen weiter vertieft. Durch Steuertricks entgehen den Entwicklungsländern jährlich rund 170 Milliarden Dollar, eine Größenordnung, die die jährliche weltweite Entwicklungshilfe von 145 Milliarden Dollar übersteigt.

fassungen und Mentalitäten stark zu. Es ist deshalb sehr wichtig, durch Aufklärung, öffentliche Problemdiskussionen und praktisches Handeln zur Unterstützung und Integration der geflüchteten Menschen, in Verbindung mit einer wirksamen Bekämpfung der Fluchtursachen, einen Wandel im Bewusstsein der Menschen und in ihren Verhaltensweisen anzustreben und schrittweise zu erreichen. Dieses Anliegen gehört zu den unverzichtbaren Bedingungen einer sozialistischen Alternative. Eine Gesellschaft, die sich sozialistisch nennt, kann ihrem Namen nur dann gerecht werden, wenn sie sich solidarisch verhält gegenüber Menschen in Not und gegenüber Staaten, die ökonomisch zurückgeblieben sind und mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

3.8 Soziale Ungleichheit beseitigen, Teilhabe aller am gesellschaftlichen Fortschritt verbessern

Es sind notwendige Bedingungen zu schaffen für die Beseitigung sozialer Ungleichheit. Dies betrifft insbesondere die Überwindung der im Kapitalismus typischen Reproduktion und Verschärfung sozialer Ungleichheit auf entscheidenden Gebieten, darunter in der Bildung, durch die Polarisierung der Einkommen. Die individuellen Einkommen, vor allem die Arbeitseinkommen und Sozialeinkommen, sollten sich so entwickeln, dass für alle Menschen die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt möglich werden. Zugleich sollten der Zuwachs der Arbeitseinkommen und ihre Differenzierung so erfolgen, dass die Beschäftigten materiell angeregt werden, ihre Fähigkeiten für gute Arbeitsergebnisse zu nutzen. In enger Verbindung hiermit müssen alle Hindernisse für die Gleichberechtigung und reale Gleichstellung der Frauen beseitigt werden. In einer sozialistischen Gesellschaft darf es keine Diskriminierung von Menschen in Abhängigkeit von Geschlecht, Ethnie, Religion, sexueller Orientierung und Behinderung geben.

Im Zusammenhang mit den Forderungen nach sozialer Sicherheit für alle, die die Befriedigung der Grundbedürfnisse ein-

schließt, und nach freier Entscheidung der Menschen über die Gestaltung ihres Lebens, darunter der Beziehungen zwischen Arbeit und freier Zeit, spielt die Diskussion um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens eine wichtige Rolle. Ohne hier die Argumente dafür und dagegen ausführlich zu erörtern, sollen einige Gründe genannt werden, die gegen diesen Vorschlag sprechen. Das entscheidende Argument besteht m.E. darin, dass die Funktion der Arbeit für die Entwicklung der Menschen und ihrer sozialen Beziehungen weitgehend unbeachtet bleibt. Ein weiteres Gegenargument ergibt sich aus dem gewaltigen Umfang der hierfür erforderlichen finanziellen Mittel, deren mögliche Bereitstellung noch offen ist. Weiterhin muss beachtet werden, dass mit der Einführung eines solchen bedingungslosen Grundeinkommens in einigen der vorliegenden Konzepte auch die Funktionen der existierenden sozialen Sicherungssysteme übernommen werden sollen, ohne dass die hiermit verbundenen Probleme und Risiken gegenwärtig ausreichend berücksichtigt werden können. Gegenüber dem bedingungslosen Grundeinkommen ist die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung für die Bezieher von Sozialeinkommen und für alle unfreiwillig Arbeitslosen vorzuziehen. Damit wären die Abschaffung des unwürdigen Hartz-IV-Systems und eine spürbare Erhöhung der gegenwärtigen sozialen Mindesteinkommen verbunden. (Vgl. hierzu u.a. ver.di, Wirtschaftspolitische Informationen, 04/2017) Darüber hinaus ist es für die Verbesserung der Lebensbedingungen unerlässlich, nicht nur die sozialen Mindesteinkommen und Mindestlöhne sowie den Anteil der öffentlichen Dienstleistungen, die kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, zu erhöhen, sondern auch die Bedingungen für »gute Arbeit« konsequent zu erweitern. Für die Überwindung der sozialen Ungleichheit in der Bildung und für die Erhöhung ihrer Qualität könnte die Auswertung der schon erwähnten Erfahrungen der DDR von Nutzen sein. Zu den Bedingungen für real gleiche Bildungschancen gehören sowohl notwendige Änderungen im gesamten Bildungssystem, um eine gute Bildung für alle zu gewährleisten und die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsstufen zu erhöhen, als

auch eine vielfältige finanzielle Unterstützung der Kinder und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Schichten.

Alle vorliegenden Erfahrungen weisen eindringlich darauf hin, dass Armut und darauf beruhende prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen zu einer politischen und kulturellen Exklusion größerer Bevölkerungsschichten aus der Gesellschaft führen, die sich auf die nachfolgenden Generationen der Kinder, Enkel und Ur-enkel auswirkt. Hieraus ergeben sich wichtige Anforderungen an eine sozialistische Transformation zur Bekämpfung der eigentlichen Ursachen für Ungleichheiten in der Bildung.

Eine wichtige Aufgabe besteht in diesem Zusammenhang darin, ein neues, zum Kapitalismus alternatives Wohlfahrtsmodell auszuarbeiten, das einen hohen Standard der Befriedigung der materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse aller Schichten der Bevölkerung anstrebt und die Polarisierung zwischen dem Luxuskonsum der Reichen und dem Konsum der unteren Einkommensschichten aufhebt. Im Maße der Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse aller Menschen gewinnt anstelle eines ständig höheren Konsums materieller Güter die stärkere Orientierung auf eine höhere Lebens*qualität* an Bedeutung. Ein Wohlfahrtsmodell des 21. Jahrhunderts kann nur dann als zukunftsfähig angesehen werden, wenn es gleichzeitig den Erfordernissen sowohl sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit als auch des notwendigen ökologischen Umbaus entspricht.

Zur Überwindung sozialer Ungleichheit sollte für eine längere Zeit eine differenzierte Entwicklung der individuellen Einkommen (höhere Steigerung der Mindestlöhne und der Arbeits-einkommen der unteren Einkommensgruppen) sowie größere Umverteilungen der Primäreinkommen vorgesehen werden. Es sollte zugleich angestrebt werden, zunehmend Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge unentgeltlich bereitzustellen, darunter besonders für die Betreuung der Kinder, die Bildung, die Gesundheit, Kultur und den öffentlichen Personennahverkehr. Um bessere Lebensbedingungen für alle Menschen zu sichern, wird es wahrscheinlich zweckmäßig sein, für längere Zeit auch andere Leistungen, wie die Bereitstellung von Wohnungen (bezahl-

bare Mieten), die Versorgung mit Elektro- und Wärmeenergie für niedrige Einkommensgruppen mit öffentlichen Mitteln differenziert zu subventionieren.

Ein Leben ohne Armut und Existenzängste für alle Teile der Bevölkerung zu erreichen schließt ein, dass überhöhte Einkommensunterschiede sowohl durch höhere Mindestlöhne als auch durch eine Begrenzung von Spitzengehältern nach oben überwunden werden. Dazu sollten Vorstellungen ausgearbeitet und begründet werden, wie hoch die Abstände zwischen den niedrigen und den höchsten Einkommen in Übereinstimmung mit dem Leistungsprinzip sein dürfen. Ein Vorschlag könnte sein, das Verhältnis 1:5 nicht zu übertreffen. Es erscheint jedoch wenig sinnvoll, eine solche Relation schon jetzt bestimmen zu wollen. Eine Festlegung dieser Relation gehört zu den Zusammenhängen, die im Verlaufe einer sozialistischen Transformation auf der Grundlage von Analysen und nach öffentlicher demokratischer Diskussion erfolgen sollte. In Auswertung vorliegender Erfahrungen könnten diese Relationen in bestimmten zeitlichen Abständen überarbeitet und präzisiert werden.

Es wird auch notwendig sein, die Beziehungen zwischen der direkten Höhe und Entwicklung der Arbeitseinkommen, der Sozialeinkommen und der Haushaltsfinanzierung bestimmter Leistungen (wie Unterbringung und Erziehung der Kinder in Kitas, Aus- und Weiterbildung) im Hinblick auf die materielle Stimulierung und die sozialen Wirkungen zu analysieren, zu bewerten und zu gestalten.

Eine wirksame Leistungsstimulierung bleibt, wie auch die Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus zeigen, ein langfristig wichtiges Erfordernis einer sozialistischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Darin sind die Erwerbstätigen der verschiedenen Tätigkeitsbereiche in jeweils spezifischer Art und Weise einzubeziehen. Dies betrifft die Wissenschaftler und Techniker in der Forschung und Entwicklung, die Voraussetzungen für Innovationen schaffen, die in der Produktion, in der Materialbeschaffung, im Absatz, bei der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen Tätigen sowie das Leitungs- und Verwaltungspersonal.

Dafür sind sowohl gemeinsame wie auch für die jeweiligen Tätigkeiten spezifische Kriterien der Leistungsbewertung, wie Anforderungen an Bildung und Qualifikation, an Kreativität, Art und Größe der Verantwortung sowie Umfang und Qualität der Arbeitsergebnisse, zugrunde zu legen.

Zu den wichtigen Herausforderungen an eine sozialistische Gesellschaft gehört zweifellos, die im Kapitalismus nicht gelöste Gleichberechtigung der Frauen umfassend zu realisieren. Dafür müssen die Bedingungen ihrer Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung und für die stärkere Entfaltung und Nutzung ihrer Fähigkeiten in der Erwerbsarbeit und in der Ausübung verantwortlicher Tätigkeiten verbessert sowie auch durch eine gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau in den Tätigkeiten der sozialen und individuellen Reproduktion ihre frei verfügbare Zeit erhöht werden.

Hier kann die Erkenntnis berücksichtigt werden: »Keine Gesellschaft, die ihre soziale Reproduktion untergräbt, kann lange fortbestehen.« (Nancy Fraser) Die Überwindung der Dominanz des kapitalistischen Eigentums schafft zwar notwendige Voraussetzungen, um die tiefe Zerrüttung der sozialen Reproduktion zu überwinden, wobei es unerlässlich scheint, die heutigen Formen der Unterordnung der sozialen Reproduktion unter die Erwerbsarbeit zu korrigieren. Dies geschieht jedoch nicht im Selbstlauf mit der Herausbildung sozialistischer Eigentumsverhältnisse, zumal es auch noch tief verwurzelte subjektive, ideologische Hemmnisse und Blockaden im Bewusstsein gibt, die der Gleichstellung entgegenstehen.

Da die Ausgangsbedingungen der Länder, die zukünftig einen sozialistischen Entwicklungsweg gehen, voraussichtlich sehr verschieden sein werden, wird es zunächst auch hierin häufig starke Unterschiede zwischen den Ländern geben. Es gilt, überall die notwendigen rechtlichen Bedingungen für die Beseitigung von Diskriminierungen aller Art zu schaffen. Vergangene und aktuelle Erfahrungen zeigen, dass die Überwindung besonders von Fremdenfeindlichkeit und Homophobie umfassende Anstrengungen über eine längere Zeit erfordert.

3.9 Gleichberechtigte und solidarische internationale Beziehungen

In den internationalen Beziehungen sind die Prinzipien der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der solidarischen Unterstützung ökonomisch schwächerer bzw. von größeren Entwicklungsproblemen betroffener Länder zu sichern, eine für alle Länder möglichst vorteilhafte, effiziente Kooperation und Arbeitsteilung durchzusetzen und für stabile friedliche Beziehungen zwischen allen Staaten zu sorgen.

Die gegenwärtige Weltwirtschaft ist durch imperiale Vormachtbestrebungen gekennzeichnet. Sie blockiert vor allem Beziehungen, die darauf gerichtet sind, die Nord-Süd-Polarisation zu verringern und auf der Grundlage gemeinsamer Konzepte die Umwelt- und Klimakrise wirksam zu bekämpfen.

Hier soll nur ein Komplex genannt werden, der für die Gestaltung internationaler Wirtschaftsbeziehungen von Bedeutung ist. In den letzten Jahrzehnten haben sich in großem Umfang globale Wertschöpfungsketten herausgebildet, die einseitige und ungerechte Abhängigkeiten zwischen den Staaten, meist zum Nachteil ökonomisch schwächerer Staaten, bedingen. Beispiele hierfür sind die Verlagerung energie- und rohstoffintensiver sowie besonders umweltschädlicher Produktionen bzw. Stufen der Wertschöpfungsketten in Entwicklungsländer. Sie müssten sowohl im Interesse der hierdurch benachteiligten Entwicklungsländer als auch zur Erfüllung notwendiger Klimaziele sukzessiv eingeschränkt werden.

Inhalt und Umfang der internationalen Kooperation und Arbeitsteilung zwischen Ländern, die sich in einem sozialistischen Transformationsprozess befinden oder sich schon auf sozialistischer Grundlage entwickeln, werden voraussichtlich wesentlich davon beeinflusst sein, wie viele Länder sich in einem solchen Stadium befinden, wie groß diese Länder sind, über welche wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und Naturpotenziale sie verfügen, und wie sie im Weltmaßstab regional verteilt bzw. vernetzt sind.

Die Frage nach dem Einfluss der kapitalistischen Globalisierung auf die Art und Weise eines zukünftigen Übergangs zum Sozialismus kann heute nicht definitiv beantwortet werden. Unrealistisch sind m.E. die beiden theoretisch möglichen Extreme einer erfolgreichen sozialistischen Transformation in einem einzelnen Land oder eines weitgehend gleichzeitigen Prozesses in diese Richtung im globalen Maßstab. Real mögliche Transformationen werden voraussichtlich dazwischenliegen, etwa Übergangsprozesse von Ländergruppen in den großen Weltregionen, die eine neue Qualität der internationalen Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Parteien und antikapitalistischen sozialen Bewegungen mehrerer Staaten voraussetzen.

Es ist davon auszugehen, dass sozialistische Transformationen im Weltmaßstab voraussichtlich über sehr lange Zeiträume und regional ungleichmäßig verlaufen werden. Daher wird es höchstwahrscheinlich notwendig und auch vorteilhaft sein, internationale Wirtschaftsbeziehungen zu entwickeln, die die Zusammenarbeit sozialistischer Staaten auf sehr unterschiedlichen Stufen ökonomischer und sozialer Entwicklung sowie auch umfangreiche Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten umfassen.

Eins der drängendsten und zugleich am schwierigsten zu lösenden Probleme wird die Verringerung und schließlich Überwindung der riesigen wirtschaftlichen Entwicklungsunterschiede zwischen den Industriestaaten und Schwellenländern auf der einen und der Gruppe der Least Developed Countries (LDC) auf der anderen Seite sein, die sich in den letzten Jahrzehnten in vielen Fällen noch weiter vergrößert haben. Für sozialistische Staaten wird es unverzichtbar sein, diese Aufgabe intensiv in Angriff zu nehmen. Das wird den Einsatz großer wirtschaftlicher, finanzieller und technologischer Potenziale der ökonomisch stärker entwickelten Länder erfordern. Deren notwendige Größenordnung wird beträchtlich höher sein müssen als die von der UN festgelegte Zielgröße von 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe, die bis heute von den großen Industriestaaten bei Weitem nicht erreicht ist.

Im Zusammenhang mit der Globalisierung sollen hier noch drei Erfordernisse hervorgehoben werden, die schon heute im Rahmen einer Reformpolitik im nationalen und internationalen Rahmen in Angriff genommen werden müssten. Das ist *erstens* die notwendige Schrumpfung von Außenhandelsbeziehungen, die mit umweltschädlichen, langen und energieintensiven Transportwegen verbunden sind, bei gleichzeitiger Orientierung auf vernünftige und realistische Alternativen, darunter den verstärkten Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe. Das ist *zweitens* die Reduzierung der großen Export- bzw. Importüberschüsse einiger Länder, die sowohl global als auch in den einzelnen Ländern als beträchtliche Störfaktoren der gesellschaftlichen Reproduktion wirken. Der Exportüberschuss Deutschlands stieg z.B. im Jahr 2016 auf den internationalen Rekordwert von über 250 Mrd. Euro (fast 9% des BIP). Und es sind *drittens* die Probleme einer heute dominierenden imperialen Produktions- und Lebensweise¹² der kapitalistischen Industrieländer. Sie zeigt sich in internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, die nicht gleichberechtigt sind und die die Entwicklungsländer stark benachteiligen, also »eine Produktions- und Lebensweise, die strukturell den Menschen aufgezwungen wird und die ihnen gleichzeitig unter den gegebenen Bedingungen erweiterte Lebens- und Handlungsspielräume (auf Kosten des Südens – K.S.) gibt«. (Brand/Wissen 2017: 64) Deren Überwindung ist eine Voraussetzung, um die Nord-Süd-Kluft in einem langfristigen Prozess substanziell zu verringern und schließlich aufzuheben.

¹² Vgl. zu Problemen der imperialen Lebensweise Brand/Wissen (2017).

Kapitel 4

Zusammenfassende Bewertung der Herausforderungen

4.1 Probleme und Schwierigkeiten sowie günstigere Bedingungen ihrer Bewältigung

Im Folgenden werde ich mich auf einige ausgewählte Probleme beschränken, die bei der Bewältigung der Herausforderungen eine wichtige Rolle spielen.

Theoretische Überlegungen und besonders auch die widersprüchlichen praktischen Erfahrungen und Probleme in den europäischen Ländern des gescheiterten Realsozialismus sowie in China, Vietnam und Kuba, machen deutlich, dass die Verbindung der beiden Regulierungsweisen, der gesellschaftlichen Regulierung/Planung und der marktwirtschaftlichen Regulierung in einer sozialistischen Marktwirtschaft, einen äußerst komplexen Charakter aufweist und zu den kompliziertesten und bisher auch am wenigsten in der Praxis bewältigten Aufgaben gehört.

Charakteristisch für die Entwicklung in den meisten staatssozialistischen Ländern Europas war einerseits die zögerliche und unzureichende Nutzung des Markts und seiner Kategorien (Kosten, Preise, Geld, Kredit, Finanzbeziehungen u.a.) bei der Regulierung der ökonomischen Entwicklung und speziell für die Stimulierung der ökonomischen Effizienz und der Innovationsprozesse. Ökonomische Reformversuche wurden in der DDR und anderen europäischen Ländern des Realsozialismus vorzeitig abgebrochen. Gründe hierfür waren der äußere Druck durch die führenden Vertreter der Sowjetunion und ein zunehmender Druck von inneren Kräften in den Führungen der Partei und des Staates in der DDR und anderen Ländern, die fürchteten, dass ihre straffe Steuerung und Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung, und damit auch ihre politische Macht, durch stärkere Markteinflüsse geschwächt oder gar untergraben werden könnte.

Dabei dürfen Planung und Marktregulierung nicht als zwei voneinander völlig getrennte Sphären betrachtet und behandelt werden. So müssen in der Planung strategischer und volkswirtschaftlicher Aufgaben auch Marktkategorien genutzt werden.

Die Erfahrungen der realsozialistischen Länder in Europa, der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien sowie der Betriebe in Lateinamerika, die von den Beschäftigten übernommen wurden, zeigen, dass es hier viele komplizierte Probleme und Widersprüche zu lösen gibt. Dazu gehören die Festlegung der Relationen der Gewinnverwendung zwischen dem Teil, der an den Staat bzw. die regionalen Instanzen als Steuern oder andere Abgaben abzuführen ist, und dem Teil, der den Betrieben verbleibt und über dessen Verwendung sie eigenverantwortlich entscheiden können, sowie die Festlegung der Relationen für die Verwendung der den Betrieben verbleibenden Leistungszuwächse für Investitionen und für Lohnerhöhungen und Prämien.

Eine sozialistische Gesellschaft hat im Vergleich zum Kapitalismus günstigere Bedingungen für die Realisierung insbesondere folgender Herausforderungen:

- Bestimmung und zielstrebige Verwirklichung gesamtwirtschaftlich wichtiger Strukturveränderungen und anderer strategischer Ziele. Dazu gehören die Aufgaben zur Erfüllung der Klimaziele und des hierfür erforderlichen sozial-ökologischen Umbaus. Es gibt hier jedoch keinen Automatismus. Es bedarf vielmehr erheblicher Anstrengungen und Auseinandersetzungen, um diesen langfristigen Erfordernissen gerecht zu werden;
- Schaffung der notwendigen Bedingungen für die Überwindung sozialer Ungleichheit, für die Emanzipation und freie Entwicklung aller Individuen;
- Schaffung notwendiger Bedingungen für die Herausbildung und freie Entfaltung der Anlagen und Fähigkeiten der Individuen in der Arbeit bei gleichzeitiger Entwicklung enger, vor allem auch solidarischer Beziehungen zwischen Individuum und Kollektiv sowie zwischen den Kollektiven;
- Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Überwindung aller Arten der Diskriminierung von Frauen und für die

Gleichstellung der Geschlechter in der Erwerbsarbeit, in der Sorgetätigkeit und in der Erfüllung anderer Aufgaben.

Auf der anderen Seite bestehen in einer sozialistischen Gesellschaft im Vergleich zu den kapitalistischen marktwirtschaftlichen Verhältnissen erschwerende und zu einem großen Teil ungünstigere Bedingungen für die Realisierung einiger Herausforderungen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Nutzung der neuen Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik zur raschen und wirksamen Durchführung von Innovationsprozessen.

Es ist daher kein Zufall, dass es in den realsozialistischen Ländern gelungen ist, vor allem dort positive und im Vergleich zu den kapitalistischen Staaten bessere Ergebnisse zu erreichen, wo die Dominanz des Gemeineigentums und die gesellschaftliche Planung für die Ergebnisse entscheidend waren. Dies betraf im Realsozialismus u.a. die Zurückdrängung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, wirksame Schritte zur Herstellung der Gleichberechtigung der Frauen, die Vorbereitung und Realisierung langfristig komplexer Strukturveränderungen, Plandiskussionen als Elemente und Anfänge einer Partizipation der Belegschaften an der Beratung und Entscheidung ökonomischer Entwicklungsaufgaben der Betriebe. Diese positiven Zusammenhänge könnten in zukünftigen sozialistischen Gesellschaften noch weitaus wirksamer sein, wenn es gelingt, grundlegende Fehler und Schwächen des Realsozialismus nicht zu wiederholen. Ein solches Lernen aus der staatssozialistischen Vergangenheit müsste sich u.a. in folgenden Ergebnissen äußern:

- in einer im Vergleich zum Kapitalismus wirksameren Umweltpolitik sowie insgesamt in den Erfolgen beim sozial-ökologischen Umbau;
- in einer schrittweisen Herausbildung eines neuen Wohlstandsmodells, das auf der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit beruht und stärker auf die Verbesserung der Lebensqualität sowie die Erfordernisse »guter Arbeit« orientiert;
- in einer wirksamen und alle Ebenen einschließenden Wirtschaftsdemokratie;

■ in einer neuen Qualität internationaler gleichberechtigter und solidarischer Zusammenarbeit, die für alle Länder vorteilhaft ist. Zugleich ist einleuchtend, dass in den Ländern, die eine sozialistische Alternative verwirklichen, die größten Probleme auch zukünftig auf solchen Gebieten liegen werden, wo im Kapitalismus Konkurrenz, Wettbewerb und das Interesse an Extraprofiten durch Zeitvorsprünge einen außerordentlich hohen Druck auf Tempo und Anwendungsbreite von Innovationen ausüben. Hinzu kommt im Kapitalismus der ökonomische Druck, dem viele Beschäftigten infolge Unsicherheit des Arbeitsplatzes ausgesetzt sind. Dies führt zu einer steigenden Intensität und Anspannung in der Arbeit sowie zu höheren Ansprüchen der kapitalistischen Eigentümer an eine flexible Verfügung über das Arbeitsvermögen auch außerhalb der tariflichen Arbeitszeit. Damit sind negative Wirkungen auf die Reproduktion der Arbeitskräfte verbunden, wie die höhere nervliche und physische Anspannung im Arbeitsprozess und die Einschränkung der real verfügbaren freien Zeit, die auch zunehmend zu gesundheitlichen Schäden und zu Einbußen an Lebensqualität führen. Solche Tendenzen widersprechen den Grundzügen des Sozialismus und müssten in einer sozialistischen Gesellschaft vermieden und zügig überwunden werden.

4.2 Bleibende und sich verändernde Herausforderungen

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die im 3. Kapitel charakterisierten Herausforderungen an den Sozialismus nicht zeitlich begrenzt sind. Sie gelten in ihrer Substanz in allen Entwicklungsphasen einer sozialistischen Gesellschaft. Die Bewältigung von einigen dieser Herausforderungen kann jedoch nach einer längeren Zeit sozialistischer Entwicklung so fest in das Massenbewusstsein und in die täglichen Verhaltensweisen der Menschen eingegangen sein, dass damit keine besonderen Probleme mehr verbunden sind und dafür auch keine besonderen Anstrengungen mehr erforderlich sind. Dies könnte für die unter 3.6 bis 3.8 genannten Herausforderungen zutreffen.

Die konkreten Inhalte der Herausforderungen werden sich durch die Entwicklung der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Naturbedingungen und des Bewusstseins der Menschen sowie deren engere Verflechtungen untereinander ständig verändern.

Bei einigen werden diese Veränderungen besonders weit gehen. Das gilt sicher für die aus der Umweltkrise entstehenden höheren Anforderungen an die Gestaltung des sozialistischen Reproduktionsprozesses, die eng mit der Herausbildung einer neuen Produktions- und Konsumtionsweise verknüpft sind, die tiefgreifende Veränderungen in den Produktionsstrukturen verlangt und nicht mehr auf dem zunehmenden Verbrauch materieller Güter in der Konsumtion beruht, ebenso wie mit der weiteren Ausprägung der Charakteristika einer Post-Wachstumsgesellschaft.

Die demografische Entwicklung, darunter die weitere Verlängerung der durchschnittlichen Lebenszeit und damit größerer Anteile von Menschen im Rentenalter, führt zu höheren Anforderungen an Pflege- und Sorgearbeit und an deren Finanzierung sowie an die Bereitstellung höherer Mittel für Renten. Die Erweiterung der Freizeit und die Erhöhung des Bildungsniveaus werden größere Ansprüche an die kulturellen Möglichkeiten und insgesamt an die Bedingungen für eine vielfältige Nutzung der Freizeit stellen.

Neue Tendenzen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen insbesondere auf der Grundlage von Digitalisierung verlangen Veränderungen in der Produktion, in der Arbeit und in den verschiedenen Lebensbereichen der Menschen. Dabei wird den neuen Möglichkeiten für die Entwicklung der Individualität und der zwischenmenschlichen Beziehungen sowie für die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Staat, der Zivilgesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern eine herausragende Rolle zukommen.

Die Regulierungsweise wird sich hinsichtlich der inhaltlichen Anforderungen mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft voraussichtlich relativ stark verändern. Neue oder modifizierte Anforderungen könnten sein:

- die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge werden ihren Anteil an den gesamtwirtschaftlichen Leistungen erhöhen und

- damit das Gewicht der planmäßigen Regulierung gegenüber der Marktregulierung verstärken;
- im Rahmen der gesellschaftlichen Regulierung werden Prozesse der strategischen und damit auch langfristigen Planung an Gewicht gewinnen;
 - in der gesellschaftlichen Regulierung werden sich die konkreten Beziehungen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Bürgerinnen und Bürgern verändern.

Die Rolle der Zivilgesellschaft und der demokratischen Partizipation der Beschäftigten und aller Bürgerinnen und Bürger wird sich erhöhen. Dies schließt ein, dass sich sowohl die Verflechtungen zwischen der Wirtschaftsdemokratie an der ökonomischen Basis und der staatlichen Regulierung verstärken und effektiver gestaltet werden, als auch einige bisher vom Staat wahrgenommene Aufgaben direkt von der Zivilgesellschaft, ihren Institutionen und sozialen Bewegungen übernommen werden.

Im Ergebnis solcher und ähnlicher Prozesse würden die Demokratisierung weitere Fortschritte machen und zugleich spontane Marktprozesse in ihrem Ausmaß und ihrer Rolle zurückgehen.

Bei der weiteren Erörterung der vorstehend genannten Fragen gilt es, die engen Beziehungen zwischen den mit einem Politikwechsel möglichen Reformen im Kapitalismus und den zu lösenden Aufgaben einer sozialistischen Transformation zu beachten. Soweit es möglich sein wird, Schritte zur Entwicklung gleichberechtigter internationaler Beziehungen zu gehen, die auf Problemlösungen in den ökonomisch schwächeren Ländern und auf die Verhinderung von kriegerischen Auseinandersetzungen gerichtet sind, wird sich dies natürlich positiv auf die grundsätzliche Lösung dieser Probleme in zukünftig sozialistischen Ländern auswirken. Solchen Schritten kommt bereits heute unter den Bedingungen kapitalistischer Globalisierung eine hohe Priorität zu. Sie betreffen insbesondere mögliche Fortschritte bei der Verringerung der gewaltigen Nord-Süd-Kluft, bei der Bekämpfung von Armut, Hunger, Seuchen, Kindersterblichkeit, bei der Durchsetzung der drängendsten Aufgaben für den Umweltschutz und zur Verhinderung einer Klimakatastrophe. Dem

weiteren Zurückdrängen des noch vorhandenen unipolaren Charakters der Weltordnung und der Dominanz der Profitinteressen der transnationalen Konzerne und der internationalen Finanzmärkte kommt auch heute für eine zukunftsfähige Welt eine zentrale Bedeutung zu.

Kapitel 5

Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit

Zusammenfassend können aus dem bisher Dargelegten für weiter notwendige Forschungsarbeiten, Analysen und Diskussionen u.a. folgende Schlussfolgerungen gezogen werden:

Erstens: Die Arbeiten und Diskussionen zu den Problemen sozialistischer Transformation, insbesondere zu den Bedingungen, Schritten und Akteuren einer solchen Transformation sollten verstärkt auch im internationalen Rahmen weitergeführt werden. Wie wichtig es ist, sich mit dieser Problematik zu beschäftigen, um möglichst überzeugend zu zeigen, dass die grundlegenden Herausforderungen an eine nachkapitalistische Alternative realisierbar sind, zeigen Ergebnisse von Befragungen international und auch in Deutschland (vgl. hierzu Fußnote 1). Eine offene und breite Diskussion der Herausforderungen könnte dazu beitragen, die sehr große Kluft zwischen dem hohen Anteil der Menschen, die überzeugt sind, dass der Kapitalismus unsere Probleme nicht lösen kann, und dem geringen Anteil derjenigen, die glauben, dass es zum Kapitalismus eine realistische Alternative gibt, spürbar zu verringern. Ein tragender, bisher oft vernachlässigter Bestandteil einer solchen Diskussion müsste ein ökonomisches Konzept sein, in dem die Organisation und Funktionsweise einer Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage, von der volkswirtschaftlichen Ebene bis zu den Betrieben und Unternehmen sowie den Regionen und Kommunen, einschließlich ihrer internationalen ökonomischen Verflechtungen, skizziert und begründet wird. Einige hierfür wesentliche Vorstellungen, die weitergeführt werden sollten, sind in dieser Arbeit, insbesondere in den Kapiteln 3.3 Eine neue sozial-ökologisch nachhaltige Produktions- und Betriebsweise und 3.5 Qualitativ neues System der gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft und anderer Bereiche, enthalten. Diese Aufgabe wird nicht kurzfristig zu lö-

sen sein, sondern setzt größere Anstrengungen über einen längeren Zeitraum voraus.

Zweitens: Die kritische Analyse der bisherigen Erfahrungen und der widersprüchlichen Ergebnisse des Realsozialismus sollte intensiv fortgeführt werden. Dies gilt sowohl für Schlussfolgerungen aus den Misserfolgen und Fehlleistungen des Realsozialismus in diesen Ländern als auch für das Aufgreifen positiver Erfahrungen ihrer Entwicklung.

Drittens: Bei der weiteren Arbeit zur Qualifizierung der Herausforderungen müsste angestrebt werden, einerseits die Erfordernisse und Bedingungen ihrer Umsetzung deutlicher und konkreter zu bestimmen. Damit könnte gezeigt werden, dass realistische Vorstellungen hierfür vorliegen, z.B. für die Verbindung von Plan und Markt oder für eine konsequente Wirtschaftsdemokratie. Andererseits sollte beachtet werden, dass die konkreten Bedingungen und Widersprüche nicht so vorherzusehen sind, dass heute schon fertige, praktikable Modelle zur Lösung der auftretenden Probleme und damit auch zur Ablösung des Kapitalismus präsentiert werden können. Es müsste deutlich werden, dass es sich nicht um primär theoretisch abgeleitete Vorgaben, sondern um Vorstellungen handelt, die weitgehend auf praktischen Erfahrungen beruhen und die für Präzisierungen sowie für die Korrektur von Fehleinschätzungen offen sind.

Viertens: Die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft und die Umsetzung ihrer Herausforderungen werden niemals völlig abgeschlossen sein. Es wird ständig daran weiterzuarbeiten sein. Dies ist umso notwendiger, da unter der Voraussetzung, dass es im Ergebnis erfolgreicher Transformationsprozesse gelingt, sozialistische Gesellschaften herauszubilden, diese aller Voraussicht nach noch eine längere Zeit neben kapitalistischen Gesellschaften bestehen werden. Gerade unter diesem Aspekt der Koexistenz der beiden Gesellschaftssysteme bleibt es für die Zukunft eine Lebensfrage, die Vorteile einer sozialistischen Alternative für das Leben und die Entwicklung der Individuen sowie für die nachhaltige Sicherung der Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft immer wieder durch praktische Ergebnisse

unter Beweis zu stellen. Nötig ist auch der Nachweis, dass und wie die grundlegenden und sich weiter verschärfenden Widersprüche des Kapitalismus mit einer sozialistischen Transformation gelöst werden könnten. Damit kann auch die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Ablösung des Kapitalismus besser begründet werden.

Bei allen Fragen einer sozialistischen Transformation sind die engen internationalen und globalen politischen und ökonomischen Verflechtungen der verschiedenen Staaten und ihre größeren Abhängigkeiten von transnationalen Gremien und Finanzinstitutionen sowie der erbitterte Widerstand des globalen Kapitalismus gegen Veränderungen in sozialistischer Richtung zu beachten.

Fünftens: Die größte offene Problematik, die bisher in den vielen Publikationen, Diskussionen und Streitgesprächen zur Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative nicht befriedigend geklärt werden konnte, besteht wohl darin, wie die für eine solche Alternative erforderlichen Akteure gewonnen werden können. Darauf wird es auch zukünftig keine einfache Antwort geben. Hier sollen nur einige Fragen genannt werden, deren weitere Klärung für die oben genannte Problematik notwendig ist:

- Wie kann erreicht werden, dass die verbreitete Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Verhältnissen, die Wut auf die Eliten und die Zukunftsängste nicht zur Stärkung nationalistischer und rechtspopulistischer Kräfte führen?
- Wie können trotz der starken Fraktionierung der Arbeiterklasse und insgesamt der abhängig Beschäftigten in verschiedene Schichten, gemeinsame Interessen gestärkt und die negativen Wirkungen von Interessenwidersprüchen zwischen diesen Schichten zurückgedrängt werden?
- Wie kann die Überzeugungsarbeit darüber verbessert werden, dass die meisten sozialistischen Parteien aus dem Scheitern des Realsozialismus die richtigen Schlussfolgerungen gezogen haben, und dass ihre Vorstellungen über einen neuen, zukunfts-fähigen Sozialismus realistisch sind?
- Wie können die Gemeinsamkeiten und verbindenden Interessen zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen besser

für gemeinsame Projekte und Kämpfe wirksam werden, welche übergreifenden Akteurskonstellationen sollten dabei angestrebt werden? Eine besondere Rolle kommt hier den engen Verflechtungen zwischen sozialen und ökologischen Problemen zu – eine grundlegende Lösung ist auf beiden Gebieten nur gemeinsam möglich, d.h. wenn in der Umweltbewegung die sozialen Bedingungen für ökologische Fortschritte und in den sozialen Kämpfen der zutiefst soziale Inhalt der Lösung der Umweltprobleme besser berücksichtigt werden.

- Was muss getan werden, um die Konzentration politischer Macht und Machtmissbrauch in einer sozialistischen Alternative zu verhindern?

Eine wirksame Teilnahme der Menschen an der Verwirklichung der für ihr Leben und ihre Zukunft entscheidenden Herausforderungen könnte dadurch unterstützt werden, dass in den Ländern, die einen sozialistischen Weg einschlagen, regelmäßig Berichte über den Stand der Verwirklichung der Herausforderungen – unter breiter Teilnahme der Zivilgesellschaft – erarbeitet und öffentlich diskutiert werden.

Literatur

- Adler, Frank (2017): Postwachstum. Diskurs und Bewegung, Visionen und Übergänge, in: Adler, Frank/Fleming, Jana/Reuter; Norbert: Postwachstum als Transformationsperspektive, Helle Panke, Pankower Vorträge, Heft 211, Berlin
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2016): MEMORANDUM, Köln
- Birnstiel, Werner (2017): Pekinger Prägung, Neues Deutschland vom 19.7.
- Bischoff, Joachim (2006): Zukunft des Finanzmarktkapitalismus, Hamburg
- Bischoff, Joachim/Radke, Björn (2016): Griechenland: kein Fass ohne Boden, in: Sozialismus.de, 12.12.
- Bischoff, Joachim/Radke, Björn (2017): Griechenland aus dem Schneider? In: Sozialismus.de, 21.7.
- Bischoff, Joachim/Fiehler, Fritz/Krüger, Stephan/Lieber, Christoph (2017): Vom »Kapital« lernen? Die Aktualität von Marx' Kritik der politischen Ökonomie, in: Sozialismus, Heft 7/8, Hamburg
- Blessing, Klaus (2014): Die sozialistische Zukunft – Kein Ende der Geschichte, Eine Streitschrift, Berlin
- Bloch, Ernst (1985): Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt a.M.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise! Modernisierung oder Überwindung von Herrschaft? Replik auf Dieter Boris und Eröffnung einer Debatte, in: Sozialismus, Heft 12, Hamburg
- Brie, Michael/Spehr, Christoph (2008): Was ist Sozialismus? Kontrovers, Beiträge zur politischen Bildung, Berlin
- Brie, Michael/Bischoff, Joachim (2017): Ist der Kapitalismus am Ende? Sozialismus.de, Supplement zu Heft 10, Hamburg
- Brie, Michael/Candeias, Mario (2017): Auswege aus der Zehn-Prozent-Nische, Neues Deutschland 2.10.
- Buhr, Daniel/Christ, Claudia/Frankenberger, Rolf/Fregin, Marie-Christine/Schmid, Josef/ Trämer, Markus (2017): Auf dem Weg zu Wohlstand 4.0. Die Digitalisierung des Wohlfahrtsstaates in den Politikfeldern Arbeit, Gesundheit und Innovation im europäischen Vergleich, Politik für Europa plus, Friedrich-Ebert-Stiftung
- Busch, Ulrich (2016): Postsozialistische Romantik, Berliner Debatte Initial, Nr. 2
- Creydt, Meinhard (2016): 46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft, Erfahrungen, Analysen, Vorschläge, Münster
- Dörre, Klaus (2017): Hoch oben, tief unten, Teil I, Neues Deutschland, 18.9. und Für eine inklusive Klassenpolitik, Teil II, Neues Deutschland, 19.9.

- Gordon, R.J. (2015): Secular Stagnation: A Supply-Side View. In: American Economic Review, Band 105, H. 5
- Groll, Franz (2010): Was kann, darf, muss wachsen, wenn der Ressourcenverbrauch stark zurückgehen muss? www.FranzGroll.de
- Haug, Frigga (2008): Die Vier-in-einem-Perspektive, Hamburg
- Honneth, Axel (2016): Die Idee des Sozialismus, Berlin
- IMK (2017): Report 124 (Alexander Herzog-Stein/Birgit Friedrich/Werner Sesselmeier/Ulrike Stein: Wachstum und Produktivität im Gegenwind. Eine Analyse der Argumente Robert Gordons im Spiegel der deutschen Produktivitätsschwäche)
- Klein, Dieter (2011): Vermutungen über einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, in: Brie, Michael/Detje, Richard/Steinitz, Klaus (Hrsg.): Wege zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Alternativen – Entwicklungspfade – Utopien, Hamburg
- Klein, Dieter (2013): Der Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg
- Klein, Dieter (2017): Das Pulver für den Startschuss. Ernst Bloch, die Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft und radikale Perspektiven, in: Sozialismus, Heft 6, Hamburg
- Kohlmey, Gunther (1968): Planen als Regeln und Steuern, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Berlin (DDR)
- Krüger, Stephan (2016): Wirtschaftspolitik und Sozialismus. Vom politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus, Hamburg
- Krüger, Stephan (2017a): Soziale Ungleichheit, private Vermögensbildung, sozialstaatliche Umverteilung und Klassenstruktur, Hamburg
- Krüger, Stephan (2017b): Sozialistische Marktwirtschaft, Vortrag November, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
- Kuczynski, Thomas (2017a): Was bleibt von der Oktoberrevolution? Vortrag in der »Hellen Panke« e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
- Kuczynski, Thomas (2017b): Eine bloß formell kommunistische Produktionsweise? Überlegungen zum Scheitern des »Realsozialismus« aus wirtschaftshistorischer Sicht, in: Lunapark 21, 39
- Marx, Karl (1947): Das Kapital, Erster Band, Berlin (DDR)
- Marx, Karl (1963): Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 13, Berlin (DDR)
- Marx, Karl (1968): Erster Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich«, in: MEW, Band 7, Berlin (DDR)
- Marx, Karl (1972): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Band 8, Berlin (DDR)

- Marx, Karl (2005): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Band 42, Berlin
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1959): Das kommunistische Manifest, In: MEW, Band 4, Berlin (DDR)
- Mason, Paul (2016): Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Frankfurt a.M.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation, Frankfurt a.M.
- Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept des sozialen Wandels, Wiesbaden
- Steinitz, Klaus (2007): Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert, Hamburg
- Steinitz, Klaus/Walter, Dieter (2014): Plan – Markt – Demokratie, Hamburg
- Steinitz, Klaus (2017): Warum ist die Diskussion sozialistischer Alternativen gegenwärtig notwendig?, Helle Panke, Pankower Vorträge, Heft 206, Berlin
- Streeck, Wolfgang (2015a), Wie wird der Kapitalismus enden? Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3
- Streeck, Wolfgang (2015b): Wie wird der Kapitalismus enden? Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4
- Strohschneider, Tom (2017): Mehr China, bitte, Neues Deutschland vom 8. Juli 2017
- Troost, Axel (2017): Griechenland: Perspektiven nach dem 3. Memorandum, in: Sozialismus.de, Heft 6, Hamburg
- ver.di (2016): Digitaler Kapitalismus ohne Arbeit? Wirtschaftspolitik Informationen, Dezember, Nr. 02
- ver.di (2017): Bedingungsloses Grundeinkommen. Risiken und Nebenwirkungen einer wohlklingenden Idee, ver.di Wirtschaftspolitik Informationen, Dezember, Nr. 04

VSA: Kapitalismus aufheben



Joachim Bischoff/Klaus Steinitz

Götterdämmerung des Kapitalismus?

Eine Flugschrift

168 Seiten | € 12.80

ISBN 978-3-89965-693-0

Sind die aktuellen Krisensymptome die apokalyptischen Reiter, die das Ende des Kapitalismus ankündigen? Und wenn ja, was wird an dessen Stelle treten?

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

Mail: info@vsa-verlag.de



Simon Sutterlütti/Stefan Meretz

Kapitalismus aufheben

Eine Einladung, über Utopie und
Transformation neu nachzudenken

Simon Sutterlütti/Stefan Meretz

Kapitalismus aufheben

Eine Einladung, über Utopie und
Transformation neu nachzudenken

Beiträge zur kritischen

Transformationsforschung 5

Eine Veröffentlichung der

Rosa-Luxemburg-Stiftung

240 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-831-6

Utopie kann zeigen, was Menschen möglich ist, Transformation, wie das Mögliche wirklich werden kann. Der Weg zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft scheint verstellt. Vorstellungen von Reform und Revolution und die hoffnungsvollen Utopien, Sozialismus und Kommunismus, sind für viele verloren. Ist der Raum der Hoffnung also verschlossen?

www.vsa-verlag.de

VSA: Klassenpolitik heute



Dieter Klein

Gesplante Machteliten

Verlorene Transformationsfähigkeit
oder Renaissance eines New Deal?

Eine Veröffentlichung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

288 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-695-4

Gibt es Differenzierungen in den
Machteliten und damit Chancen,
Teile von ihnen künftig in Distanz zum
vorherrschenden Neoliberalismus zu
bringen?

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

Mail: info@vsa-verlag.de



Bernd Riexinger

For the many, not the few

Moderne Klassenpolitik

160 Seiten | € 14.80

ISBN 978-3-89965-827-9

Klasse und Klassenpolitik müssen neu
begründet werden – als Grundlage für
eine solidarische Gesellschaft und eine
zukunftsfähige linke Politik. Wer sind
Ansprechpartner*innen und Verbün-
dete einer LINKEN Partei, die auf eine
solidarische Gesellschaft jenseits des
Kapitalismus zielt? Spätestens seit den
Erfolgen rechter Parteien auch unter
Beschäftigten und Erwerbslosen wird
die Frage einer linken Klassenpolitik
neu diskutiert.

www.vsa-verlag.de